

## Pressespiegel 2020

### Press Documentation 2020

NOVOMATIC

**Erstellt von**  
Prepared by

**Datum**  
Date

**Konzernkommunikation**

16.03.2020 / KW 11

## „Profil“, 15.03.2020

VON STEFAN MELICHAR UND MICHAEL NIKBAKHSI



APRIL 2017

**J**uli 2017, Ibiza. Der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und sein langjähriger Vertrauter Johann Gudenus tauschen sich vor versteckter Kamera mit einer vermeintlichen Oligarchennichte über Themen aus, die definitiv nicht für die Öffentlichkeit gedacht sind. Eines davon: Wie Spender verdeckt Zahlungen zugunsten der Freiheitlichen leisten würden. Strache im O-Ton: „Die Zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein ... Der Verein ist gemeinnützig, der hat mit der Partei nichts zu tun. Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof.“

Eine Umgehungsstruktur für Parteispenden? Nachdem das Ibiza-Video im Mai 2019 durch „Süddeutsche Zeitung“ und „Spiegel“ veröffentlicht worden war, stieß profil auf eine Reihe von Vereinen, die stark an die Schilderungen Straches erinnerten. Auch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft leitete Ermittlungen ein: Zwar ist die Entgegennahme verdeckter Parteispenden in Österreich per se nur ein Verwaltungsvergehen. Wenn solche Zahlungen allerdings – unter falschem Titel – von Unternehmen geleistet werden, kann das auch das Strafdelikt der Untreue darstellen.

Betont sei: Alle Involvierten haben sämtliche Vorwürfe immer bestritten – auch, dass die Vereine Geld



Hallo Neppi!

Kurzer Reminder zur Email unten – eine kurze Stellungnahme eurerseits zum Vereinszweck ist noch offen, danach können wir die Vereinssatzung fertig stellen und in medias res gehen.

Danke & Frohe Ostern wünscht,

Die Organe des Vereins haben keinerlei Funktion/Mandat innerhalb der Partei, allerdings ein ideologisches Naheverhältnis. Auf eine saubere organschaftliche Trennung zwischen Partei und Privat wird – insbesondere aus gesetzlichen Gründen (PartG) – Wert gelegt.

Nachdem der Verein seine Tätigkeit gerade im Wahljahr 2015 in Wien besonders entfalten möchte, darf ich im Namen aller Interessierten um einen zeitnahen Folgetermin ersuchen.

## „Hallo Neppi!“

Die Ermittlungen zu FPÖ-nahen Spendenvereinen laufen auf Hochtouren. Nun liegen profil entlarvende E-Mails vor. Sie zeigen die intensive Involvierung des heutigen Wiener FPÖ-Chefs Dominik Nepp und legen nahe, dass es von Anfang an um verdeckte Wahlkampfhilfe für die Freiheitlichen gehen sollte.



**BRISANTE E-MAILS**  
Anwalt Markus Tschank (l.) kommunizierte vor der Gründung von „Austria in Motion“ intensiv mit Dominik Nepp. Der Verein sollte seine Tätigkeit „gerade im Wahljahr 2015 in Wien besonders entfalten“.

zugunsten der Freiheitlichen einsammelten. Nun liegen profil jedoch E-Mails vor, die zeigen, dass zumindest ein prominenter FPÖ-Funktionär intensiv in die Gründung des ersten und wichtigsten dieser Vereine involviert war. Nebenbei ergibt sich aus einem der Mails auch ein Wahlkampfbezug – und ein Hinweis auf den damaligen FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.

23. Juni 2015. Der gemeinnützige Verein „Austria in Motion“ kann seine Tätigkeit aufnehmen. Das teilt die Vereinsbehörde dem Vereinsobmann Markus Braun schriftlich mit. Der Behörde war die Vereinserrichtung am 26. Mai 2015 ordnungsgemäß angezeigt worden. „Austria in Motion“ ist somit der älteste von mehreren Vereinen, welche die Justiz als FPÖ-nahe einstuft und bei denen unter anderem zwei Personen eine wichtige Rolle spielten: Eine davon ist Markus Braun, Chef der Wertpapierfirma Sigma, der später unter der türkis-blauen Bundesregierung zum ORF-Stiftungsrat avancierte. Außerdem ist er Schwager des langjährigen FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo, dessen Bestellung zum Vorstand der Casinos Austria AG unter Türkis-Blau einen veritablen Postenschacher-Skandal ausgelöst hat.

Die zweite Schlüsselperson im Vereinsnetzwerk ist der Rechtsanwalt Markus Tschank. Tschank zog im November 2017 für die Freiheitlichen in den Nationalrat ein. Das Vertrauen der Parteispitze in ihn war offenbar so groß, dass man schon drauf und dran war, ihm die Funktion des FPÖ-Finanzreferenten anzuvertrauen – dann kam allerdings das Ibiza-Video dazwischen.

Am 16. März 2015 – also gut zwei Monate vor der Gründungsanzeige an die Vereinsbehörde – schrieb Tschank ein E-Mail an den heutigen geschäftsführenden Wiener FPÖ-Chef und damaligen Landtagsabgeordneten Dominik Nepp mit Braun in cc. Der Betreff lautete: „Gründung Gemeinnütziger Verein (vertraulich) (sic!)“. Tschank schrieb: „Lieber Dominik! Im Anhang darf ich nunmehr auftragsgemäß den ersten Entwurf der Satzung zur Gründung eines gemeinnützigen Vereines im Sinne des VereinsG 2002 übermitteln.“ Darauf folgten rechtliche Erörterungen unter anderem zum Thema Parteispenden, bevor Tschank zu folgendem Fazit gelangte: „Nach Gründung des gemeinnützigen Vereines ist strengsten (sic!) darauf zu achten, dass sowohl die Mittelherkunft als auch die Mittelverwendung der Spendengeldern (sic!) in Einklang mit den Bestimmungen des PartG 2012 (Anm.: Parteiengesetz)

erfolgt, andernfalls empfindliche Geldstrafen drohen. Der zukünftige Vorstand des Vereines hat sohin ein besonderes Augenmerk auf dieses Spannungsverhältnis zu legen.“

Das liest sich so, als hätte Tschank bei der Vereinsgründung im Auftrag von Nepp agiert. Eineinhalb Wochen später tauchte dann zum ersten Mal der Vereinsname auf. Tschank schrieb an denselben Empfängerkreis: „Lieber Dominik! Nach dem heutigen Termin darf ich das weitere Vorgehen wie folgt zusammenfassen: 1. Wir erhalten von Euch noch eine Stellungnahme zum Vereinszweck, dh eine kurze Piktation, welcher Bereich/Themen gefördert werden sollen, zB direkte Demokratie, Stärkung des Österreich-Bewusstseins etc.; 2. Als Vereinsname haben wir ‚Austria in Motion‘ besprochen. Ich werde diese Bezeichnung vorerst einmal in die Satzung aufnehmen. Wenn hier noch Änderungen erwünscht sind, ersuche ich um Mitteilung.“ Festgehalten hat Tschank allerdings auch: „Ziel ist der Aufbau eines politischen Think Tanks als unabhängige Reformkraft, der aber keine Vorfeldorganisation der Partei werden soll.“

Ein FPÖ-Parteifunktionär hatte also das letzte Wort beim Vereinsnamen und beim Vereinszweck, der Verein sollte aber keine Vorfeldorganisation der Partei werden? Ein interessanter Spagat.

Offenbar erhielt Tschank auf das zweite Mail zunächst keine Antwort. Am 3. April 2015 setzte er daher nach: „Hallo Neppi! Kurzer Reminder zur Email unten – eine kurze Stellungnahme eurerseits zum Vereinszweck ist noch offen, danach können wir die Vereinsatzung fertig stellen und in medias res gehen.“

Welche Rolle spielte Nepp damals? Markus Braun wurde vom Bundeskriminalamt als Beschuldigter zu den E-Mails einvernommen. Dabei gab er an, dass „Dominik Nepp im Vorfeld der Vereinsgründung in seiner Funktion als Finanzverantwortlicher der Landespartei Wien angefragt wurde, inwieweit der zu gründende Verein mit den Vereinsstatuten von der Landesorganisation Wien eine Spende erhalten könne“. Interessant: Nepp war – bereits damals – bei der FPÖ-Wien ausgerechnet für Finanzen zuständig.

Abgesehen davon, dass es nie zu einer Spende der Wiener Freiheitlichen an „Austria in Motion“ kam, der Sinn einer solchen Spende sich logisch nicht wirklich erschließt und es zumindest unüblich wirkt, dass ein Spender das letzte Wort beim Vereinsnamen und beim Vereinszweck haben sollte: Ein weiteres E-Mail aus dem Vorfeld der Vereinsgründung deutet eher darauf hin, dass es sehr wohl geplant gewesen sein dürfte, „Austria in Motion“ als Wahlkampfvehikel zugunsten der FPÖ zu nutzen. Und hier gibt es auch einen Hinweis darauf, dass die Bundesparteiführung darüber Bescheid gewusst haben könnte.

Am 28. April 2015 schrieb Tschank ein E-Mail an einen gewissen Dr. P. wobei er unter anderem Braun, Nepp und FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl in cc setzte. Der Betreff lautete „Verein – Austria in Motion“, im Mail stellte Tschank zunächst dar, wer die Vereinsorgane waren. Dann folgte formell eine Distanzierung von der FPÖ: „Die Organe des Vereins haben keinerlei Funktion/Mandat innerhalb der Partei, allerdings ein ideologisches Naheverhältnis. Auf eine saubere

organschaftliche Trennung zwischen Partei und Privat wird – insbesondere aus gesetzlichen Gründen (PartG) – Wert gelegt.“

Bemerkenswert ist freilich, dass einerseits die „Trennung zwischen Partei und Privat“ derart stark betont wurde, andererseits das Mail aber auch an zwei hochrangige Parteifunktionäre ging. Regelrecht entlarvend wirkt dann der folgende Satz: „Nachdem der Verein seine Tätigkeit gerade im Wahljahr 2015 in Wien besonders entfalten möchte, darf ich im Namen aller Interessierten um einen zeitnahen Folgetermin ersuchen.“

Warum der Begriff „Wahljahr“ verwendet wurde, wisse er nicht, gab Braun in seiner Einvernahme zu Protokoll. Kickl habe er nie persönlich getroffen. Auf profil-Anfrage betonte Braun, dass es „wohl völlig ausgeschlossen“ sei, dass „jemand an einen Verein spendet, ohne die Statuten oder die Ausrichtung“ zu kennen. Ein aktives Mitarbeiten von Parteiverantwortlichen habe es niemals gegeben. Eine Abgrenzung sei „wesentlich“ gewesen, und man habe das „im Lichte des Parteiengesetzes“ auch geprüft, „um eben gerade nicht in eine mögliche Parteienfinanzierungsproblematik hineinzulaufen“. Braun weist auf ein Gutachten hin, demzufolge „Austria in Motion“ keine Zahlungen oder Leistungen an Parteien oder Vorfeldorganisationen erbracht habe. „Dass für den Verein Austria in Motion das Wahljahr 2015 von Bedeutung war, ist klar und nachvollziehbar, da gerade in einem Wahljahr ein hohes Maß an fokussierter Unintelligenz (Zitat: Dr. Michael Häupl) existiert und wissenschaftliche Studien zu wesentlichen Themenbereichen gerade zu Wahlzeiten einen substantiellen Diskussionsbeitrag liefern können. Unglücklicherweise verzögerte sich die Spendenakquisition, sodass der Verein Austria in Motion erst im Jahr 2018 beginnen konnte, erste Kooperationen zur Erstellung von Studien aufzubauen.“ Zum Thema Studien: später mehr.

Tschank ließ eine profil-Anfrage unbeantwortet. In einer Beschuldigtenvernehmung im Juli 2019 betonte er, seit August 2017 keinerlei Organfunktionen in den diversen Vereinen mehr innezuhaben. Bis dahin habe „niemals weder direkt noch indirekt eine Querfinanzierung ... für Parteien oder deren Vorfeldorganisationen stattgefunden“.

Kickl wiederum teilte auf profil-Anfrage mit, sich an das besagte Mail nicht erinnern zu können. Generell sei „aufgrund der Fülle der eingehenden Mails die Bearbeitung und Verwaltung durch Mitarbeiter“ erfolgt. „Im Zuge meiner Tätigkeit ist es im Laufe der Jahre nicht ungewöhnlich gewesen, bei einer Vielzahl von E-Mails in cc gesetzt zu werden“, meint Kickl. Eine Involvierung seinerseits „in die Struktur beziehungsweise allfällige Aktivitäten des genannten Vereins war zu keinem Zeitpunkt gegeben. Im angesprochenen Wahlkampf für die Wien-Wahl 2015 spielte der Verein jedenfalls keinerlei Rolle.“

Nepp ließ profil Folgendes wissen: „Wer konkret die Gründung des Vereins beauftragt hat, kann nicht mehr nachvollzogen werden.“ Die Gründung von Vereinen, „die ideologisch konnotiert sind, aber von Parteien unabhängig im Rahmen der jeweiligen Vereinssatzungen einen Zweck erfüllen“, sei nicht rechtswidrig und nicht verwerflich. Vereine zu gründen, um „verdeckte“ Zu-

## „Wer konkret die Gründung des Vereins beauftragt hat, kann nicht mehr nachvollzogen werden.“

Domitilk Nepp,  
FPÖ-Chef Wien

wendungen zugunsten der FPÖ zu leisten, wäre schon rechtlich gar nicht möglich, meint Nepp: „Genau solche Zuwendungen wären nach dem damaligen Parteiengesetz bereits der Meldepflicht unterlegen.“

Letzteres ist freilich der springende Punkt. Fest steht, dass sich die Verantwortlichen der diversen Vereine durchaus schwer dabei taten, die behaupteten Vereinszwecke zu legitimieren. Allein „Austria in Motion“ bekam zwischen Juni 2015 und Mai 2019 von 38 Gönnern insgesamt 382.766 Euro überwiesen, weitere 1,2 Millionen sammelten „Patria Austria“, „Wirtschaft für Österreich“ respektive das „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) an Spenden, Sponsorings und Subventionszusagen ein. Unter den größten Zahlern: Novomatic, die Industriellenfamilie Turnauer und Steyr Arms – alle bestreiten, Parteienfinanzierung geleistet zu haben. Mit Ausnahme des ISP entfaltete keiner der Vereine je eine zumindest irgendwie wahrnehmbare Tätigkeit. Wofür also war das Geld gedacht?

Den Versuch einer Erklärung lieferte Vereinsobmann Braun gegenüber profil im August des Vorjahres. Er sprach von wissenschaftlichen Studien, die „Austria in Motion“ und andere Vereine aus Spendergeldern finanzieren wollten. Wollten deshalb, da keine Studie je auf den Weg gebracht wurde. „Studien in Kooperation mit Universitäten sind nicht billig. Wir gingen damals von Kosten in einer Größenordnung von 250.000 Euro für zwei Jahre aus. Die Idee war, über die Vereine ausreichend Kapital anzusammeln, um dann nach und nach derartige Projekte zu realisieren“, sagte Braun damals (Nr. 35/19). Als einziges Beispiel nannte er eine Studie zur „Situation von Alleinerzieherinnen in Branchen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten“, die „Austria in Motion“ bei einer Universität in Auftrag geben wollte. Dass es diese und auch sonst keine Studie gab und gibt, erklärte Braun mit der öffentlichen Stigmatisierung der Vereine nach Aufliegen des Ibiza-Skandals.

So kann man das natürlich darstellen. Die profil vorliegenden Schriftsätze nähren allerdings Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens. Und das hat auch mit dem Glücksspielkonzern Novomatic zu tun, genauer: mit dem Konzernableger Admiral Sportwetten.

Wie sich zeigt, wollte Braun seine erste Studie mit Unterstützung von Admiral realisieren, wenngleich er vom Unternehmen selbst kein Geld verlangte. Was wiederum Admiral-Managerin Monika Racek verblüffte, die am 5. Dezember des Vorjahres vom Bundeskriminalamt als Zeugin vernommen wurde. Sie berichtete, dass sie Braun im Mai 2018 auf Vermittlung von Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel kennengelernt hatte (Krumpel hatte vor seinem Job bei Novomatic eine gemeinsame Firma mit Tschank). Braun wollte Admiral zunächst für eine „Studie zum Thema Mitarbeiterzufriedenheit“ gewinnen, Racek hatte dafür aber keinen Bedarf, weil eine solche Studie zu diesem Zeitpunkt bereits bei einem anderen Institut in Auftrag gegeben war. „Es kam zu einem zweiten Treffen mit dem Inhalt, wie man die Studie des Vereins ‚Austria in Motion‘ so verändern könnte, damit die Admiral-Gruppe daraus einen Mehrwert ziehen könnte ... Mir erschien, dass der Verein großes Interesse an der



HERBERT KICKL  
Der FPÖ-Generalsekretär stand bei einem E-Mail zu „Austria in Motion“ in cc. Er weist jede Involvierung von sich.

Anfertigung der Studie hatte, und ich habe auch wegen der bereits in Arbeit befindlichen Studie ... gesagt, dass es keine finanzielle Unterstützung ... seitens der Firma Admiral geben würde.“ Braun habe ihr, Racek, daraufhin beim dritten Treffen im November mitgeteilt, dass er kein Geld wolle, zumal „der Verein einen expliziten gesellschaftspolitischen Zweck zu erfüllen habe und etwa 200.000 Euro am Vereinskonto zur Verfügung stehen würden“.

Es folgten noch einige E-Mails, ehe das Projekt Mitte Dezember 2018 entschlummerte. „Soweit ich weiß, gab es danach keine weitere Kommunikation zu diesem Thema mehr. Einige Wochen später wunderte ich mich hierüber, da der Verein ein großes Interesse an der Zusammenarbeit gezeigt hatte. Ich entschloss mich jedoch nicht weiter nachzufragen, da das Thema für mich keine große Priorität hatte“, sagte Racek als Zeugin aus.

Dass ein gemeinnütziger, aus Spendengeldern finanzierter Verein einem Glücksspielunternehmen eine teure Studie quasi schenken wollte, ist nicht die einzige Auffälligkeit. Ermittlungsergebnisse legen nahe, dass die frühere FPÖ-Spitze in das Generieren von Spenden für „Austria in Motion“ und andere Vereine involviert gewesen sein dürfte. Ebenfalls bezeichnend: Ein Teil der Spenden ging – Zeugenaussagen zufolge – unter falschem Namen ein.

Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Tiroler Immobilienunternehmer Markus Schafferer. In Schafferers Unternehmen Pema war unter anderem der frühere ÖVP-Generalsekretär Johannes Rauch tätig, der offenbar als Türöffner agieren sollte. Schafferer sagte als Zeuge aus: „Einige Zeit später, ..., es war jedenfalls vor der Nationalratswahl 2017, organisierte Herr Rauch einen Termin mit HC Strache in der FPÖ Parteizentrale. Es handelte sich um ein Kennenlern-Gespräch, da Herr Rauch meinte, es wäre im Falle eines FPÖ Wahlsieges gut, Herrn Strache zu kennen. ... Im Rahmen des Gespräches wurde ich gefragt, ob ich nicht einen Verein fördern könnte, der Veranstaltungen für Wirtschaftstreibende durchführt. ... Ich glaube, der Vereinsname ‚Austria in Motion‘ ist bei diesem Treffen genannt worden.“

Schafferer wollte das Geld jedoch nicht selbst überweisen, da „ich als Unternehmer keiner Partei zugeordnet werden will“. Er beauftragte einen Mitarbeiter, die Spende unter dessen Namen durchzuführen. Dieser Mitarbeiter zahlte 10.000 Euro von seinem Privatkonto an den Verein und erhielt – seiner Zeugenaussage zufolge – dafür einige Tage später 15.000 Euro von Pema unter dem Titel „Sonderzahlung“ auf sein Konto überwiesen. „Ich sprach ihn (Anm.: Schafferer) darauf an, dass mir hier um EUR 5.000 zu viel überweisen worden wäre, er meinte, das passt schon so.“

Verdeckte Zahlungen dürften jedoch auch noch auf andere Weise erfolgt sein: Erwin S. aus Kärnten, der übrigens angab, früher rund dreieinhalb Jahre im Gefängnis gesessen zu sein, sagte aus, er habe „in Eigeninitiative für den Verein ‚Austria in Motion‘ bei meinen Freunden und Bekannten um Spenden geworben und ihnen gesagt, sie könnten damit HC Strache unterstützen. Ich habe dann von Personen, welche nicht persönlich als Spender und Unterstützer

## **„Unglücklicherweise verzögerte sich die Spendenakquisition.“**

**Markus Braun,  
Verelnsobmann**

von HC Strache in Erscheinung treten wollten, Bargeld entgegengenommen, auf mein Konto einbezahlt und dann von meinem Konto auf das Konto des gegenständlichen Vereines überwiesen.“

Ähnlich lautete die Aussage von Alfons L., der ebenfalls eine bemerkenswerte Vergangenheit aufweist. L. war beim Landesamt für Verfassungsschutz in Kärnten jahrelang für den Personenschutz Jörg Haiders verantwortlich. Als Zeuge gab er an, ein Jugendfreund mit FPÖ-Connection sei 2018 an ihn herangetreten und habe gesagt, „er hätte Bekannte, welche die FPÖ gerne finanziell unterstützen würden, jedoch nicht namentlich aufscheinen wollen. In diesem Zusammenhang nannte er mir einen Verein, der Spendengelder für die FPÖ entgegennimmt bzw. verwaltet. ... Er fragte mich, ob ich für diese Leute bzw. für ihn die Einzahlungen an den Verein durchführen könnte.“

S. leitete seinen Angaben zufolge rund 20.000 Euro von Dritten an den Verein durch, L. zwischen 25.000 und 30.000 Euro. Dem Ex-Sträfling und dem Ex-Verfassungsschützer wurde übrigens eine seltene Ehre zuteil: Sie wurden als außerordentliche Mitglieder in den Verein aufgenommen – die einzigen Mitglieder, die „Austria in Motion“ neben den Gründern Braun, Tschank und einer dritten Person je hatte. ■

„Der Standard“, 14.03.2020

## Die Glücksspielflüsterer

Die Ermittlungen in der Causa Postenschacher rund um die Casinos Austria (Casag) haben etliche Facetten dazugewonnen. Das hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nach den Hausdurchsuchungen diese Woche bekanntgegeben. Es gebe neue Beschuldigte und „weitere Verdachtslagen“, schrieb die Behörde in einer Aussendung.

Aus Anordnungen zu den Razzien, die bei der Novomatic-Zentrale, beim FPÖ-nahen Verein Institut für Sicherheitspolitik (ISP) und bei einem Linzer Steuerberater stattgefunden haben, erschließt sich, worum es den Ermittlern geht – und ihre Vorwürfe sind schwerwiegend. Sie richten sich nun auch gegen zwei hochrangige Novomatic-Manager und den Linzer Steuerberater.

Recherchen und Auswertungen der Handydaten der Beschuldigten hätten ergeben, dass man bei Novomatic versucht habe, den damaligen Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) „unlauter zu beeinflussen“, heißt es in einer Durchsuchungsanordnung. Dafür sei Geld an den Steuerberater in Aussicht gestellt worden und ein Erfolgshonorar, für den Fall der „Realisierung der Casinos- bzw. Onlinelizenz“, die sich Novomatic gewünscht hatte. Es sei vereinbart gewesen, dass Teile dieser Vorteile dem damaligen Regierungsmitglied Fuchs versprochen und gewährt werden sollten. Gleich voreweg: Alle Beschuldigten bestreiten diese Vorwürfe, und es gilt die Unschuldsvermutung.

Laut Darstellung der WKStA sollen sich die Novomatic-Manager Mitte 2018 auf ein Treffen mit Fuchs vorbereitet haben, an dem auch der FPÖ-nahe Linzer Steuerberater teilnehmen sollte. Der seinerseits hat damals schon für die Novomatic gearbeitet und Fuchs gekannt. Er habe Fuchs dem Novomatic-Chef vorgestellt und mehrere Treffen organisiert.

Und: Der Linzer habe Fuchs darüber informiert, dass die Verantwortlichen der Novomatic Geld springen lassen würden,

Die Staatsanwaltschaft wirft Novomatic-Managern vor, sie hätten mithilfe eines FPÖ-nahen Steuerberaters den damaligen Finanzstaatssekretär bestechen wollen. Die Beschuldigten bestreiten das.

*Renate Graber, Fabian Schmid*

wenn das mit den Lizenzen klappen würde.

Die Novomatic-Chefs wurden laut WKStA gut fürs erste Treffen gebrieft. Fuchs esse gern zu Mittag, es könnte daher „atmosphärisch gut“ sein, mit dem Linzer und dem Staatssekretär nach dem Treffen etwas essen zu gehen. Seine Vorbereitungsmail an seine Chefs, so der Manager, werde er auch dem Steuerberater schicken, „damit er schon flüstern“ könne, zitieren die Staatsanwälte.

### Der Wunsch nach der Lizenz

Tatsächlich kam es dann zu gemeinsamen Treffen, laut WKStA sei es dabei um „vorgegebene Themen der Novomatic“ gegangen, vor allem um die „eigene Casinos- und Online-Lizenz“. Ende November soll dann Novomatic intern das Finanzielle thematisiert worden sein. Es sei um die Frage gegangen, wie man den Steuerberater bezahlen könnte. Angedacht worden sei, dessen Vertrag mit dem Glücksspielkonzern zu erweitern und mit einem Erfolgshonorar zu versehen oder ihm ein Aufsichtsratsmandat in einer

Admiral-Gesellschaft einzuräumen. Das erschien dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann nicht praktikabel: „Nicht Aufsichtsrat! Ist zu nahe!“ Eine Bezahlungsidee, die die WKStA für „unorthodox“ hält.

Im Jänner 2019 wollte der Steuerberater mehr Honorar, weil er „tatsächliche Steuerleistungen (neben der Arbeit, die er sonst für uns leistet)“ erbringen sollte, wie es in den E-Mails der Novomatic-Manager heißt. Insgesamt wurden dann 281.750 Euro für den Zeitraum von Februar 2019 bis Ende 2020 ausgemacht. Dass ein Teil davon an Fuchs fließen sollte, wird vehement bestritten. Die gegen Novomatic und ihre Mitarbeiter erhobenen Vorwürfe seien „unbegründet und unwahr“, sagt der Anwalt der Novomatic. „Die Annahmen der Ermittler betreffend meine Person sind nicht korrekt“, sagt Fuchs.

Die WKStA denkt allerdings, dass all das auch dann strafbar wäre, wenn kein Geldfluss an Fuchs nachweisbar wäre: Denn in dem Fall könnte es um eine verbotene Intervention gehen.



In Tschechien tritt Novomatic mit einer bekannten Statue auf.

Foto: Newald

# Neue Vorwürfe an Novomatic-Manager

## Bestechungsvorwurf gegen zwei Manager – ein Steuerberater im Visier

Renate Graber

Wien – Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat am Donnerstag weitere Hausdurchsuchungen in der Causa rund um die Casinos Austria/Postenschacher bestätigt. Es gebe „weitere Verdachtslagen“ und neue Beschuldigte, hieß es in einer Aussendung. Details nannte die Behörde nicht.

Zu den neuen Beschuldigten zählen laut Informationen des STANDARD zwei hohe Novomatic-Manager, ein Mitarbeiter des Glücksspielkonzerns und ein FPÖ-naher Linzer Wirtschaftsprüfer. Die beiden Manager und der Linzer Steuerberater sollen, kurz gesagt, vereinbart haben, einem damaligen Regierungsmitglied Geld zukommen zu lassen, im Gegenzug zu Lizenzen. Treffen seien vereinbart, Scheinverträge vorbereitet worden. Der Steuerberater bestätigt das im Gespräch mit dem STANDARD nicht, allerdings räumt er ein, dass er seit langem für die Novomatic arbeite. Gegen Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, Fuchs und Strache führt die WKStA schon länger Ermittlungen, sie bestreiten die Vorwürfe. Für alle hier Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

### Razzia in Linz

Auch beim Linzer Steuerberater sind Ermittler der WKStA und Kriminalisten am Mittwoch aufgetaucht, haben Unterlagen und Daten beschlagnahmt. Zudem waren sie, wie berichtet, ein zweites Mal zur Hausdurchsuchung beim Glücksspielkonzern Novomatic aufgetaucht. Ebenso beim „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP), das seinen Sitz in der Kanzlei ihres Obmanns hat, des Anwalts und früheren FPÖ-Parlamentariers Markus Tschank.

Im neuen Strang der Ermittlungen geht es unter anderem um Zahlungen ans ISP, die mit der Novomatic bzw. dort Beschäftigten zu tun haben. Für ein Sponsoring hat der Glücksspielkonzern in Summe 240.000 Euro überwiesen. Angeblich hat

Neumann der Novomatic das Geld später ersetzt, das wird aber nicht bestätigt.

Der Verdacht, dem die Ermittler nachgehen, ist, ob Novomatic an den FPÖ-nahen Verein gezahlt hat, um in der Folge an Glücksspiellizenzen zu kommen. Um einen ähnlichen Vorwurf geht es ja auch in den Ermittlungen zur Casinos-Austria-Causa: Da vermutet die WKStA, dass Novomatic die Bestellung des Freiheitlichen Peter Sidlo zum Finanzvorstand unterstützt hat, um Lizenzen zu bekommen. Es habe einen „politischen Deal“ gegeben. Auch das bestreiten die Beschuldigten. Sidlo war von Mai bis Dezember 2019 im Casinos-Vorstand; der Personalberater hatte ihn nicht für geeignet gehalten.

In der neuen Runde der Ermittlungen spielen auch Gesellschaften eine Rolle, an denen der Pressesprecher der Novomatic beteiligt war (Polimedia; Ende 2016 von Sidlo übernommen und Mitte 2018 liquidiert) bzw. beteiligt ist (Unlimited Communications). Beide haben Rechnungen an den sicherheitspolitischen Thinktank ISP gelegt, für die Organisation diverser Veranstaltungen, wie es dort heißt.

Pressesprecher Bernhard Krumpel selbst erklärt auf Anfrage, dass Unlimited Communications (er hält 30 Prozent) 2019 einen „PR-

Grundbetreuungsvertrag“ mit dem ISP geschlossen habe, es sei um 1500 Euro im Monat gegangen. Arbeitgeber Novomatic habe er die Vereinbarung auch offengelegt. Als Beispiele für die Leistungen der Agentur nennt er Medieneinladungen für diverse Veranstaltungen oder ein Interview zur vom ISP veranstalteten Mitteleuropäischen Sicherheitskonferenz 2018 im Magazin *Österreich sicher*, das an 900.000 Haushalte in Österreich gehe. Interviewpartner: ISP-Präsident Markus Tschank.

Der war bei seinen Abrechnungen ans ISP übrigens recht genau. Am 7. August 2018 stellte er ein „ergänzendes Refundierungsansuchen“, u. a. wegen eines Auflistungs- und Verrechnungsfehlers. Es ging um Barauslagen von 16 Euro.



Heinz-Christian Strache hat in Ibiza einiges ausgelöst.

Foto: Reuters/Niesner

# Causa Casinos: Mehr Beschuldigte

**Glücksspiel.** Am Mittwoch haben weitere Razzien stattgefunden. Die Staatsanwälte ermitteln gegen zwei weitere Novomatic-Manager und einen Steuerberater.

VON HANNA KORDIK

Wien. Der Kreis der Beschuldigten, gegen die in der Causa Glücksspiel ermittelt wird, ist größer geworden. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat nun 16 statt bisher elf Personen im Visier. Dies geht aus der Anordnung zur Hausdurchsuchung hervor, die der „Presse“ vorliegt. Am Mittwoch waren weitere Razzien vorgenommen worden. Bei drei weiteren Beschuldigten handelt es sich um einen Steuerberater, der auch im Dienst der FPÖ stehen soll, sowie um zwei Personen des mittleren Managements von Novomatic. Ihre Namen, die der Redaktion bekannt sind, dürfen aus medienrechtlichen Gründen nicht genannt werden. Weiters werden der Novomatic-Pressesprecher sowie der frühere FPÖ-Abgeordnete Markus Tschank als Beschuldigte geführt.

Kurze Vorgeschichte: Seit dem Sommer 2019 wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen bei den bislang elf Beschuldigten durchgeführt. Es geht um den Verdacht, dass FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo 2019 deshalb mit Unterstützung von Novomatic zum Finanzvorstand der Casinos Austria gekürt wurde, weil Novomatic Zusagen der FPÖ hatte, bei Glücksspiellizenzen Unterstützung zu bekommen. Alle Beschuldigten haben das bislang vehement bestritten, es gilt die Unschuldsvermutung.

## Weitere Hausdurchsuchungen

Die Staatsanwälte haben allerdings bei bisherigen Razzien reichlich Material gesammelt. Sie haben nun den Verdacht, dass die diskreten Vereinbarungen zwischen Novomatic und FPÖ weiter gediehen waren als bisher angenommen.

Den Auswertungen von



Die Novomatic hat derzeit mehr Aufmerksamkeit als ihr lieb ist.

[APN]

E-Mails, Textnachrichten und Kalendereinträgen zufolge soll es am 8. August 2018 ein erstes Treffen zwischen dem damaligen Novomatic-Chef, Harald Neumann, FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs und dem eingangs erwähnten Steuerberater gegeben haben. Diesem Treffen sollen weitere gefolgt sein, „wobei (...) insbesondere Möglichkeiten und Wege zur Erlangung einer eigenen Casino- und Onlinelizenz besprochen wurden“, so die Ermittler. Später, am 20. November, seien auch unter

## AUF EINE BLICK

In der Causa Casinos ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nun gegen 16 statt bisher elf Personen. Bei den drei weiteren Beschuldigten handelt es sich um einen Steuerberater, sowie zwei Personen, die im mittleren Management von Novomatic arbeiten. Zusätzlich werden auch der Pressesprecher von Novomatic sowie der Ex-FPÖ-Abgeordnete Markus Tschank als Beschuldigte geführt.

den Novomatic-Managern „Möglichkeiten einer Honorierung für die Tätigkeiten“ des Steuerberaters erörtert worden. „Dabei wurde insbesondere eine Ausdehnung eines bereits bestehenden Vertrags mit der Steuerberatungskanzlei (...) samt ‚success fee‘ (Erfolgshonorar, Anm.)“ besprochen. Laut einem Vertragsentwurf sollte der Steuerberater von Februar 2019 bis Ende 2020 monatlich 12.250 Euro - in Summe 281.750 Euro - von Novomatic bekommen.

In der Anordnung zur Razzia heißt es weiter, dass einer der nunmehr beschuldigten Novomatic-Manager Informationen des Steuerberaters an die Novomatic-Generaldirektion weitergeleitet habe, „etwa bezüglich der Vorstandsbestellung des Mag. Sidlo“. Heißt: Der Steuerberater mit exzellenten Kontakten zur FPÖ hatte laut den Ermittlern die Aufgabe, FPÖ-Staatssekretär Hubert Fuchs im Sinn Novomatics zu beeinflussen. Deshalb sei auch die Bezahlung des Steuerberaters über fast zwei Jahre vereinbart worden,

heißt es. Aus zahlreichen Chats sei jedenfalls ersichtlich, dass keineswegs die Beratungsleistungen im Steuerrecht im Vordergrund gestanden seien, „sondern tatsächlich die Kontakthanbahnung und Beeinflussung des DDR. Hubert Fuchs Auftragsinhalt war“.

## Argumentarium für Lizenz

Denn: „Dass diese Kontakthanbahnung als Ziel die Lizenzerlangung hatte“, zeige eine sichergestellte „Zieldefinition“ des damaligen Novomatic-Chefs. Sowie der Umstand, dass ein Novomatic-Manager vor dem ersten Treffen Argumentationslinien für eine zweite Onlinelizenz zu erarbeiten hatte.

Gegen Tschank und den Sprecher, für die die Unschuldsvermutung gilt, wird wegen Zahlungen Novomatics an Tschanks Institut für Sicherheitspolitik ermittelt. Der Sprecher soll den Kontakt zu Tschank hergestellt haben. Hubert Fuchs wollte der „Presse“ keine Stellungnahme abgeben. Der Sprecher berief sich auf das laufende Verfahren.

„Kurier“, 13.03.2020

# „Besseren Schutz gegen illegales Spiel“

**Großaktionär.** Sazka-Chef Chvatal über die Zukunft der Casinos, Lotto-Produkte und ein neues Glücksspielgesetz

K Interview

VON ANDREA HODOSCHEK

Die Sazka-Group ist erleichtert, dass sich die Politik aus den Casinos verabschiedet und setzt auf Innovationen und Spielerschutz. Das Unternehmen soll in drei Jahren stärker und wertvoller sein.

**KURIER:** Wird der Casag-Konzern in drei Jahren noch zu erkennen sein?

**Robert Chvatal:** Wir müssen uns zuerst klarmachen, wie wichtig es ist, dass die zwei größten Aktionäre jetzt an einem Strang ziehen. Das Unternehmen war in den letzten Jahren nicht auf das Tagesgeschäft fokussiert, sondern ständig in den Medien. Die Mitarbeiter mussten dauernd über Postenschacher, Politeinfluss, Aktionärsstreit, einen nicht funktionierenden Vorstand etc. lesen. Das war für uns als größter Aktionär nicht akzeptabel. Jetzt haben wir einen Syndikatsvertrag, können endlich arbeiten und sind weg von der Politik. Ich bin sicher, in drei Jahren wird die Casag ein noch besseres, stärkeres und wertvolleres Unternehmen sein.

Im Unternehmen muss vieles verändert werden, etwa die aufwendigen Strukturen.

Man sagt doch, der Fisch stinkt beim Kopf. Der Vorstand muss der Hebel für die Veränderung sein. Ich habe volles Vertrauen in Bettina Glatz-Kremsner und Martin Skopek. Die Richtung sind Innovationen und Responsible Gaming, also Spielerschutz.

**Gibt's neue Produkte?**

Wir sind ein internationaler Player und wollen alles was in anderen Märkten als Best Practice gut funktioniert, nach Österreich bringen. Es gibt aber auch gute Ideen in Österreich, die wir in andere Märkte exportieren können.

**Zum Beispiel?**

Die Glücksbörse – man kann in den Trafiken sein Konto für Online-Gaming aufla-



Robert Chvatal, Chef von Sazka und Vize-Aufsichtspräsident der Casinos: „In drei Jahren noch besser, stärker und werthaltiger“

## Robert Chvatal, 51

### Karriere

Bereits während des Wirtschaftstudiums in Prag jobbte Chvatal als Assistent Brand Manager bei Procter&Gamble. 2007 bis 2012 Chef von T-Mobile Austria, dann Wechsel an die Spitze von Sazka. Vize-Aufsichtspräsident der teilstaatlichen Casinos (Casag)

### Sazka-Group

Die internationale Glücksspielgruppe gehört zum Mischkonzern KKG des Milliardärs Komarek. Hält seit dem Ausstieg von Novomatic 53 Prozent an der Casag und schloss kürzlich einen Syndikatsvertrag mit der Staatsholding ÖBAG

den. Diese Mischung aus Online und Offline im Vertrieb gefällt mir sehr gut. Oder die Sonderziehung der Lotterien, die jetzt erstmals getestet wird. Freitag, der 13., ist für viele Menschen ein besonderes Datum. Wann, wenn nicht an diesem Datum, kann man Gelegenheitsspieler ansprechen. Beim Lotto soll es nicht nur um Jackpots gehen. Sonderziehungen, etwa auch an Silvester, bringen Farbe ins Spiel.

**Gibt's Lotto demnächst in den Supermärkten?**

Jedes Unternehmen muss dort sein, wo die Kunden sind. Die Trafiken sind nach wie vor mit Abstand der wichtigste Vertriebskanal für Lot-

to. Aber man kann noch aktiver verkaufen. Denken Sie an die Rubbellose, diese sind sehr akzeptiert und im Gegensatz zu Automaten kein problematisches Spiel. Niemand kauft 50 Rubbellose auf einmal, man kauft vielleicht zwei Mal in der Woche im Vorbeigehen ein Rubbellos und weiß sofort, ob man gewinnt. In Europa geht der Trend klar zu Rubbellosen, sie wachsen am stärksten. Dazu muss man im Einzelhandel allerdings etwas bewegen.

**Was planen Sie bei den Inlandscasinos? Von den 12 Standorten spielen nur Bregenz und Wien Gewinne ein.**

Das kann ich nicht bestäti-

gen. Aber generell stehen die Casinos vor drei großen Herausforderungen: Das Rauchverbot beeinflusst das Geschäft negativ. Dann das Corona-Virus. Die Hälfte der Besucher sind Ausländer. Die Casinos werden höchstwahrscheinlich weniger ausländische Gäste haben, auch aus Asien. Und der Trend zum Online-Spiel.

**Laut Gesetz dürfen Sie aber keinen Standort schließen.**

Das ist eine Herausforderung, die wir gemeinsam mit der ÖBAG lösen müssen. Zwischen den Bereichen gibt es Quersubventionierungen. Das sollten alle Aktionäre wissen und sich fragen, ob

das so gewünscht ist. Ich will hier jedoch keine einzelnen Standorte kommentieren.

**Die Cashcow Lotterien subventioniert vermutlich alles. Nicht wirklich.**

**Erwarten Sie von der Regierung ein Online-Gesetz, das illegales Spielen verhindert?**

Die Hälfte des Online-Marktes in Österreich ist illegal. Dort sind die Kunden nicht so geschützt wie bei win2day der Casag. Sazka geht nur in hundertprozentig regulierte Märkte. Der Staat profitiert dabei von hohen Steuern und dem Spielerschutz. Jeder weiß, das Unternehmen sitzt in Wien, Rennweg 44 und nicht irgendwo in Gibraltar oder Schweden. Wir wollen das weiterhin gewährleisten, erwarten uns aber einen besseren Schutz gegen illegales Spiel als heute.

**Sehen Sie Handlungsbedarf bei den Personalkosten?**

Das ist eine Frage des Syndikatsvertrages, die wir mit der ÖBAG abstimmen müssen. Wir haben die Kosten noch nicht mit der ÖBAG diskutiert. Die Ertragskraft der Casag könnte besser sein, oder? Wir sind ein langfristiger Investor und gekommen, um zu bleiben. Wir konzentrieren uns nicht auf den ROI, den Return on Investment. Zuerst die Fokussierung auf der Kerngeschäft und die Steigerung der Werthaltigkeit, dann verbessert sich logischerweise auch der ROI.

**Ist ein Börsegang der Casag ein Thema?**

Aus heutiger Sicht kurzfristig nicht. Aber langfristig kann das Unternehmen nur profitieren, wenn es börsennotiert wird und es wäre eine Bereicherung für die Wiener Börse.

**Erzrivale Novomatic will sich aus dem operativen Geschäft in Österreich zurückziehen. Ist Sazka interessiert, das Business zu übernehmen?**

Nein, laut Syndikatsvertrag dürfen wir nicht bei Mitbewerbern investieren.

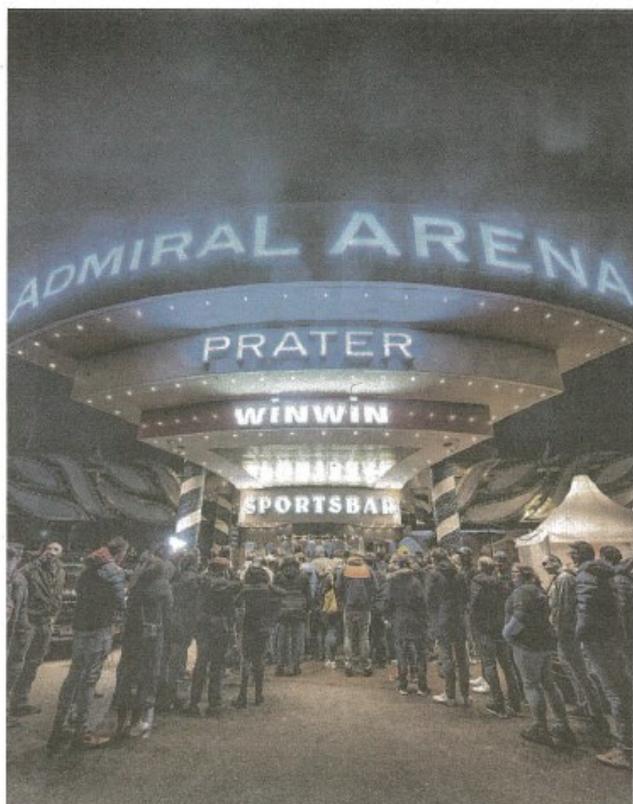


Foto: ADMIRAL

## Ausverkaufte Super Bowl Party

**Mehr als 500 Football-Fans und zahlreiche VIP-Gäste feuerten in Europas größter Sportsbar die Kansas City Chiefs und San Francisco 49ers beim Kampf um den Super Bowl an.**

Die ADMIRAL Arena Prater öffnete auch dieses Jahr wieder ihre Pforten und lud bereits zum 3. Mal zur exklusiven Super Bowl Night. Die Sportsbar bietet mit einer 45 Quadratmeter großen LED-Wall in 5K-Qualität, 75 Screens, 30 Wetterterminals, Darts- und Wuzzlerautomaten sowie einer an eine amerikanische Sportsbar angelehnte Gastronomie das perfekte Umfeld für ein Sportereignis dieser Größe.

Das kulinarische Angebot bildete den perfekten Rahmen für dieses amerikanische Event der Superlative: Mit drei Buffetstationen und drei Bars unter dem Motto „all you can eat and drink“ war für jeden Feinschmecker etwas dabei.

Moderator Tim Heiss von DAZN führte, gemeinsam mit einem Experten der Danube

Dragons, gekonnt durch den Abend. Mit einer Zusammenfassung des bisherigen Werdegangs der Finalisten, einem Grundkurs in American Football und allerlei Wissenswerten rund um den Super Bowl, begeisterten und unterhielten die Moderatoren die Gäste.

Die Danube Dragons Premium Dancers brachten mit mehreren Auftritten die Stimmung in der ADMIRAL Arena Prater zum Kochen. Die Band Gini x Fellas rundete das Rahmenprogramm bis zum Ankick ab.

„Auch dieses Jahr war unsere exklusive Super Bowl Night in der ADMIRAL Arena Prater ein einmaliges Spektakel. Die mehr als 500 Gäste haben den Abend sichtlich genossen“, freut sich Paul Kozelsky, Geschäftsführer ADMIRAL Sportwetten GmbH.

„Kronen Zeitung“, 13.03.2020

Staatsanwaltschaft weitet jetzt die Ermittlungen aus

# Casino-Affäre: Neue Razzia

Nach neuerlichen Razzien, unter anderem beim Novomatic-Konzern, weitet die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ihre Ermittlungen in der Casino-Affäre aus. Neu ist, dass ein FPÖ-naher Verein 240.000 Euro vom Glücksspielkonzern erhalten hat.

Das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“ hat das Geld in den Jahren 2018 und 2019 bekommen, laut Novomatic habe es aber Gegenleistungen gegeben.

Die Frage ist, ob diese Zahlungen mit einer möglichen politischen Unterstützung für Glücksspiellizenzen zusammenhängt. Der damalige Novomatic-Chef Harald

Neumann, er ist einer der Beschuldigten, ist vor wenigen Wochen „aus privaten Gründen“ zurückgetreten. Es gilt die Unschuldsvermutung. Weiters wird auch gegen Casino-Aufsichtsräte wegen möglicher Untreue in Zusammenhang mit der Ablöse zweier Vorstände ermittelt, die riesige Abfindungssummen bekamen.

„news.ORF.at“, 12.03.2020

## **Causa Casinos: Verein ISP hat schon Leistungen erbracht**

In der Causa Casinos Austria um einen mutmaßlichen FPÖ-Politpostenschacher hat es gestern erneut Razzien gegeben. Im Visier der Ermittler stand laut Medienberichten eine 240.000-Euro-Zahlung von Novomatic an das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP). Novomatic sagte nun, es habe dafür sehr wohl Leistungen gegeben.

„Es wurden bereits 2018 und 2019 Leistungen durch das ISP im Rahmen des Vertrages erbracht. Der Gegenwert der Leistungen kann vertragsbedingt erst zu Jahresende 2020 entsprechend der Vereinbarung bewertet werden“, teilte Novomatic-Sprecher Bernhard Krumpel der APA mit. Darüber hinaus könne Novomatic laufende Ermittlungen nicht kommentieren.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geht der Frage nach, ob die 240.000 Euro (ohne Umsatzsteuer waren es nach APA-Informationen 200.000 Euro) als Gegenleistung für den Wunsch nach Glücksspiellizenzen gezahlt wurden. Derartige Vorwürfe haben bisher alle Beteiligten bestritten, es gilt die Unschuldsvermutung.

Die Ermittler hatten sowohl die Räumlichkeiten von Novomatic als auch jene der Rechtsanwaltskanzlei von Markus Tschank durchsucht. Der frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete Tschank ist Vereinsobmann des ISP, das an derselben Wiener Adresse wie die Kanzlei seinen Sitz hat.

„APA“, 12.03.2020

Glücksspiele/Korruption/Ermittlung/Novomatic/Niederösterreich

## **Casinos - Erneut Hausdurchsuchungen bei Novomatic - Medien**

**Utl.: Laut Standard und Ö1 - Auch bei Anwalt und ISP-Vereinsobmann Markus Tschank habe es eine Razzia gegeben**

Gumpoldskirchen (APA) - Beim heimischen Glücksspielkonzern Novomatic kam es heute, Mittwoch, erneut zu Hausdurchsuchungen, wie das ORF-Radio sowie die Tageszeitung "der Standard" am Mittwochabend berichteten. Auch bei dem Rechtsanwalt und Obmann des FPÖ-nahen "Instituts für Sicherheitspolitik" (ISP), Markus Tschank, habe es eine Razzia gegeben.

Im Fokus der Ermittler stehe die Frage, ob der Verein als Gegenleistung für den Wunsch nach Glücksspiel-Lizenzen von der Novomatic bezahlt wurde, hieß es im Ö1-Abendjournal. Novomatic-Chef Harald Neumann habe sich 2017 mit Tschank treffen wollen, um etwas zum Thema Glücksspiel-Lizenzen in die Regierungsverhandlungen einzubringen. Kurz drauf habe die Novomatic ein Sponsoring des ISP in Höhe von 240.000 Euro beschlossen.

Sowohl von Novomatic als auch von Tschank gab es keine Stellungnahmen gegenüber den Medien.

## Nächster ungebetener Besuch bei Novomatic



Foto: AP/Alger

Der Himmel über der Novomatic bleibt bewölkt, die Causen Casinos/Postenschacher und FP-nahe Vereine werfen lange Schatten.

Die Ermittler in der Causa Postenschacher und FPÖ-nahe Vereine sind ein zweites Mal bei Novomatic vorstellig geworden. Im Umfeld von Exmandatar Markus Tschank gab es eine Razzia.

Renate Graber

Am Mittwoch ist es wieder passiert. Fast auf den Tag genau sieben Monate nach der ersten Razzia beim Glücksspielkonzern Novomatic kamen Staatsanwälte und Ermittler erneut in die Unternehmenszentrale nach Gumpoldskirchen angetrieben, um im Rahmen einer Hausdurchsuchung bzw. freiwilligen Nachschau Büros zu durchforsten und Unterlagen sicherzustellen.

Parallel dazu fanden sich Ermittler im vierten Bezirk in Wien ein, an jener Adresse, an der Rechtsanwalt Markus Tschank seine Kanzlei hat und das „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) seinen Sitz. Der frühere FPÖ-Nationalratsmandatar Tschank ist Vereinsobmann des ISP, das Institut nutzt Büroflächen und Personal und zahlt dafür Regiekosten. Tschank war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Zurück ins niederösterreichische Gumpoldskirchen: Dem Vernehmen nach haben sich die Ermittler diesmal besonders für die Büros der Rechtsabteilung und Pressestelle interessiert. In dem von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geführten Ermittlungsverfahren geht es zum einen um die sogenannte Causa Postenschacher in den Casinos Austria (Casag), etwa

um die Bestellung des früheren Wiener FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Casag-Finanzvorstand.

Zum anderen geht die WKStA dem Verdacht nach, FPÖ-nahe Vereine seien „gegründet worden, um Gelder für die FPÖ bzw. Heinz-Christian Strache zu lukrieren“. Dieser Vorwurf, den die Beschuldigten bestreiten, ist sozusagen aus dem „Ibiza-Video“ herausgeapert, in dem der frühere freiheitliche Vizekanzler Strache sinngemäß von der Möglichkeit gesprochen hatte, man könne der FPÖ diskret über Vereine spenden. Später hat Strache diese Darstellung zurückgezogen. Für ihn und alle anderen Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.

### Novomatic sponserte ISP

Für das ISP, einen sicherheitspolitischen Thinktank, interessieren sich die Ermittler derzeit besonders. Die Fäden von der ISP zur Novomatic laufen so: Der Glücksspielkonzern hat das ISP mit 200.000 Euro unterstützt, der Sponsoringvertrag läuft drei Jahre. Angeblich hat Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann der Novomatic diese Summe dann aus eigener Tasche zurückgezahlt – eine Bestätigung dafür oder einen Kommentar dazu sind aber nicht zu bekommen.

Die juristische Frage, die sich stellt: Was war die Leistung, die das ISP für die Zahlung der Novomatic erbracht hat? Laut Rechnung des ISP an die Novomatic vom 22. März 2018 ging es um die „Verstärkung der Positionierung von Novomatic im Bereich Sicherheit“.

Bernhard Krumpel, Novomatic-Pressesprecher, hatte bis 2016 eine Beratungsgesellschaft mit Tschank, die Polimedia. Die hat dann Sidlo übernommen, auch Polimedia stellte Rechnungen an das ISP. Dessen Kassier ist Markus Braun, und ihm gehört die Finanzgesellschaft Sigma, in der Sidlo gearbeitet hatte, bevor er im Mai 2019 in den Casag-Vorstand aufgestiegen ist. Abberufen wurde er im Dezember.

Ein weiterer Faden läuft über die PR-Agentur Unlimited Communications. Sie hat für die ISP diverse Veranstaltungen organisiert, Novomatic-Mitarbeiter Krumpel ist zu 30 Prozent an der Agentur beteiligt. Der Novomatic-Sprecher hat zu alldem am Mittwoch nichts gesagt, man gebe zu laufenden Ermittlungen grundsätzlich keine Stellungnahme ab, schrieb er dem STANDARD auf Anfrage.

Weitere Financiers des ISP sind das Verteidigungsministerium, das von 2017 bis 2020 jährlich

200.000 Euro für Kooperationen zahlt, und auch eine Gesellschaft der Industriellenfamilie Turnauer hat 100.000 Euro gespendet. Obmann und Anwalt Tschank verrechnet dem Verein wie berichtet „marktübliche“ (Tschank) Management-Fees von 30.000 Euro im Jahr sowie „fremdübliche Drittkosten“ für Sonderprojekte oder Rechtsberatung. Eine Tschank-Stunde kostet das ISP 350 Euro.

### Besprechen und essen

Unter den Ausgaben, die das ISP getätigt hat, finden sich zum Beispiel auch ziemlich viele Gastorechnungen. Mit Belegdatum 4. April 2018 etwa kamen in mehr als 50 Rechnungen rund 2200 Euro zusammen, was das Finanzamt später zu einer interessierten Nachfrage veranlassen sollte.

Laut Auskunft des ISP-Steuerberaters an die Finanz „dienten die Konsumationen der Erfüllung unmittelbarer Vereinsaufgaben, insbesondere der Vorbereitung der verschiedenen Workshops, des Fundraisings und der Vorbereitung der ersten Mitteleuropäischen Sicherheitskonferenz vom 15. Mai 2019“. Und diese hätten immerhin „unsere Außenministerin Karin Kneissl und unser Infrastrukturminister Norbert Hofer“ eröffnet.

FLORIAN SCHEUBA

## Der Mann für (fast) alle Fälle



„Der Kauf der Abfangjäger ist für Österreich zum Milliardengrab geworden. Wir haben uns sogar die Korruption

im eigenen Land mitfinanziert. Da soll man nicht eine Riesenwut auf Politiker bekommen?“ So fasst Peter Filzmaier unter der Überschrift „Die Eurofighter und wir Wutbürger“ in der *Kronen Zeitung* die Situation rund um den größten Korruptionsskandal der Zweiten Republik zusammen. Gleichzeitig warnt er aber auch: „Pauschale Verurteilungen sind stets falsch! Wir dürfen auch bei den Eurofightern nicht sagen, dass alle Politiker korrupt sind.“

Völlig richtig! Lasst uns differenzieren, indem wir uns – statt des diffusen Phantombilds „alle Politiker“ – konkreten Personen widmen. Zum Beispiel Karl-Heinz Grasser. Sein über Nacht erfolgter Meinungsschwenk bezüglich der von ihm zuvor vehement abgelehnten Anschaffung der Eurofighter war offenbar die Folge eines Geheimbesuches beim Hersteller der Kampffjets, wo man ihn vermutlich mit auf seine Interessenlagen hin individuell optimierten Argumenten überzeugt haben dürfte. In diesem Zusammenhang machte unlängst Ashwini Sankholkar auf *dossier.at* eine bemerkenswerte Entdeckung publik. Er fand heraus, dass der bei einer Liechtensteiner Bank tätige Peter B. als Betreuer nicht nur für das von der Staatsanwaltschaft Grasser zugeordnete Buwog-Konto zuständig war, sondern auch für andere glamouröse Konten. Nämlich just für jene der für die Verteilung der Eurofighter-Schmiergelder verwendeten Briefkastenfirmen.

Deshalb mein heißer Tipp an unsere Justiz: Mit einer raschen Einvernahme des besagten Herrn B. könntet ihr die eher Kopfschütteln auslösende Bilanz eurer bisherigen Eurofighter-Ermittlungen möglicherweise deutlich verbessern. Und auch in einer anderen gerichtsanhängigen Affäre würde es sich lohnen, neben der Spur des Geldes auch der oftmals parallelen Spur des Grassers zu folgen. Die Frage, wie der Automatenglücksspielkonzern Novomatic die österreichische Politik gekauft hat, wird demnächst vor einem parlamentarischen U-Ausschuss erörtert. Dabei wird es Zeugenaussagen geben über Interventionen zum Glücksspielgesetz bei Politikern, die laut einem Ex-Novomatic-Manager „nicht billig gewesen sind“. Dazu darf ich aus einer mir vorliegenden, noch unveröffentlichten Einvernahme des Lobbyisten Peter Hochegger zitieren, in der er ein Treffen von 2007 zwischen ihm, Walter Meischberger, dem damaligen Novomatic-Boss Wohlfahrt und Grasser beschreibt, in dessen Rahmen „vorgesprochen wurde, Grasser als Lobbyist für Novomatic in Brüssel zu verpflichten“. Noch bemerkenswerter die überlieferte Reaktion Wohlfahrts:

„Das sei keine gute Idee, wenn Grasser nach außen hin sichtbar für Novomatic tätig wird.“

Wir Wutbürger können also nur darauf hoffen, dass in nächster Zeit mehr Tätigkeiten „nach außen hin sichtbar werden“, und sollten Pauschalurteile vermeiden. Das gilt auch für das berühmte Zitat des Grasser-Anwalts Manfred Ainedter: „Nicht überall, wo ein Skandal ist, steckt ein Grasser drin.“ Um die Richtigkeit dieser Aussage zu überprüfen, müsste man dieses „überall“ zeitlich und örtlich genauer definieren.

„Trend“, 12.03.2020

**TREND:** Fast fünf Jahre hat Sazka gebraucht, um bei der Casinos Austria AG eine Mehrheit zu bekommen. Wie groß ist die Erleichterung?

**CHVÁTAL:** Erleichtert bin ich weniger über die Mehrheit. Die war nicht das ultimative Ziel, sondern wir glauben, dass Lotto und Glücksspiel in Österreich als Teil der Sazka Group of Companies eine modernere und unterhaltsamere Aktivität werden kann. Und die Erleichterung ist da, dass wir jetzt wieder aufs Business fokussieren können, weg von der Politik.

**Heißt das, Lotto ist hierzulande derzeit kein Erlebnis auf der Höhe der Zeit?**

Lotto ist in Europa generell seit vielen Jahrzehnten ein traditionelles Spielangebot, das sich nur weiterentwickeln kann, wenn immer wieder neue Kundenerlebnisse umgesetzt werden. Ansonsten würde Stagnation drohen. Und das wäre nicht gut, weil wir meinen, dass Lotto den Spielwunsch der Menschen am besten kanalisieren kann. Es ist aus Sicht des verantwortungsvollen Anbieters die akzeptierteste Form des Glücksspiels.

**Die Staatsholding ÖBAG wollte nie ein Juniorpartner von Sazka sein. Wie haben Sie es geschafft, sie zu überzeugen?**

Mit dem ausgehandelten Syndikatsvertrag sind wir davon weggekommen, zu sagen: Hier ist der Mehrheits- und hier ist der Minderheitspartner. ÖBAG und Sazka sind gleichberechtigte Partner. Der Syndikatsvertrag bringt wieder Frieden ins Unternehmen und handelt von den großen Themen wie Standort, Österreich-Paket oder Langzeitstrategie. Im Tagesgeschäft soll es mehr Raum für Erfahrung und Best-Practice-Beispiele von Sazka geben.

**Sie würden zustimmen, wenn die ÖBAG sagt, sie habe Rechte wie ein 50-Prozent-Aktionär?**

In einer gewissen Weise ist das wahr. Viele Leute haben uns auch gefragt, warum wir akzeptiert haben, dass die ÖBAG bzw. der Staat bei wichtigen Dingen so viel mitzureden hat? Antwort: Weil wir in der gemeinsamen Ausrichtung der beiden größten Aktionäre einen hohen strategischen Wert sehen.

**Aber die gemeinsame Kontrolle der Casag schaut ja schon so aus, dass Sazka am Ende des Tages die Mehrheit in der Hauptversammlung hat - und im Zweifelsfall entscheidet.** Nicht wirklich. Alle wichtigen Themen, die ich aufgezählt



#### INTERVIEW ANDREAS LAMPL

habe, können nur im Konsens entschieden werden. Wenn keine Einigung besteht, können wir unsere Entscheidung nicht erzwingen, sonst würden wir den Syndikatsvertrag brechen.

**Es gibt dennoch Stimmen, die Sazka nicht recht trauen und als Beispiel die Hauptversammlung 2018 anführen, in der Sie versucht haben, alle Aufsichtsratsmitglieder zu bestimmen. Dieser aggressive Stil werde sich nicht ändern,**

**so lautet die Befürchtung.** Noch einmal:

Es ist uns bewusst, dass wir ohne den Gleichklang mit der ÖBAG nicht effizient genug im täglichen Geschäft weiterkommen. Aber genau darum geht es – mehr als zum Beispiel um die Frage von Zu- und Verkäufen.

**Der Streit der Aktionäre ist endgültig beendet?** Ja, das glaube ich und freue mich persönlich sehr darüber. Ich bin

auch zu 100 Prozent überzeugt, dass die Deals, die hinter dem Vorhang gemacht wurden, vorbei sind. Ich glaube, dass die

Abstimmung zwischen zwei Großaktionären viel leichter ist als zwischen drei (was nach dem Ausstieg der Novomatic der Fall sein wird, Anm.). Sazka wollte immer eine Vereinbarung der beiden größten Aktionäre – und nicht die Situation, dass von den beiden anderen versucht wird, die Nummer eins auszubooten.

**Und Sie haben auch mit ÖBAG-Chef Thomas Schmid, der oft gegen Sazka gearbeitet hat, persönlich Frieden geschlossen?** Ich habe seinen Namen nie in den Mund genommen, als ich den Postenschacher kritisiert habe. Ich sagte, dass alle Personen, die möglicherweise in die Vorstandsbestellung von Peter Sidlo auf Basis einer politischen Absprache involviert waren, persönliche Konsequenzen ziehen sollten. Ich bin froh, dass die Ära des Postenschachers jetzt vorbei ist. In den Syndikatsverhandlungen haben Thomas Schmid und sein Team einen guten Job gemacht. Sie haben die Interessen der Republik verteidigt, aber nach einigen Wochen schwieriger Verhandlungen haben wir eine solide Lösung.

**Sazka hat von der Sidlo-Causa sehr profitiert. Es gibt daher immer noch Gerüchte, dass Informationen darüber an die Staatsanwaltschaft von Ihrer Seite kamen. Können Sie das absolut verneinen?** Kann ich, das ist Unsinn. Der Fall Sidlo kam ausschließlich im Zusammenhang mit dem Ibiza-Video ans Tageslicht. Wer sagt, dass wir dahinterstecken, könnte auch behaupten, dass wir mit dem Niederbrennen des Regenwaldes etwas zu tun haben.

**Der politische Einfluss in der Casag ist jetzt tatsächlich Geschichte?** Ich hoffe es. Aber wenn mit politischem Einfluss die Sorge um den Standort, die Marken oder Arbeitsplätze gemeint ist, dann akzeptieren wird diesen. Wenn das die einzigen Einschränkungen sind, können wir damit umgehen. Wir müssen nur die Grenzen festlegen, damit politischer Einfluss das Geschäft nicht behindert. Das hat auch mit Regulierung zu tun. Die Casag ist bereits sehr hoch besteuert.

**Ist es beispielsweise okay für Sie, dass die Vorstandsvorsitzende Bettina Glatz-Kremsner vom inneren Kreis der ÖVP kommt?** Ich glaube, dass sie eine erfahrene Lotterie- und Glücksspielmanagerin ist, die in der Lage ist, die Notwendigkeit zur Innovation mit verantwor-

tungsvollen Spielen zu kombinieren. Das Vorschlagsrecht für den CEO liegt bei der ÖBAG, und ich stimme überein, dass die Person aus Österreich kommen und mit dem Land vertraut sein soll.

**Die Casag wird künftig einen Zweier-Vorstand haben?** Richtig, zwei Vorstände sind in dieser Situation mehr als genug. Sie können schneller Entscheidungen treffen als zu dritt. Außerdem ergänzen sich die beiden in ihren Kompetenzen sehr gut.

**Was sagen Sie zu den üppigen Pensionsverträgen, die Casinos-Managern in der Vergangenheit gewährt wurden? Oder zu den Vertragskonditionen, die Herrn Hoscher nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand vier Millionen Euro bringen?** Ich würde das gerne nicht kommentieren, obwohl ich dazu eine persönliche Meinung habe. Das ist Vergangenheit. Ich kann nur sagen, dass wir bei der Sazka Group andere Vereinbarungen mit den Leuten haben, die mehr mit der Performance als mit irgendetwas anderem zu tun haben. Und wir werden versuchen, diese Art der Vergütung auch in der Casag zu implementieren.

**Peter Sidlo hat 2,3 Millionen Euro wegen seiner Vertragsauflösung eingeklagt. Sehen Sie eine Chance, dass nicht der gesamte Betrag bezahlt werden muss?** Seine Ansprüche sind nicht gerechtfertigt, weil Herr Sidlo nicht die Wahrheit über die Hintergründe seiner Nominierung gesagt hat. Er schrieb einen Brief an den Aufsichtsrat, nichts von einer politischen Vereinbarung gewusst zu haben, aber die Chat-Protokolle beweisen das Gegenteil. Es ist eine absurde Idee, 2,3 Millionen für ein paar Monate zu verlangen, in denen seine Leistung für mich nicht erkennbar ist. Wir werden das Casag-Management unterstützen, alles zu tun, um das Unternehmen vor diesem unverschämten Verlangen zu schützen.

**Kommt es bei der nächsten Hauptversammlung zu Änderungen im Casinos-Aufsichtsrat?** Das will ich nicht ausschließen. Zurzeit diskutieren wir mit der ÖBAG noch die optimale Zusammensetzung. Formal handlungsfähig ist aber auch der aktuelle Aufsichtsrat.

**Ich nehme an, Sazka wird die Mehrheit im Aufsichtsrat beanspruchen?** Nicht notwendigerweise. Zusammen mit ►

## Causa Sidlo: Suche geht weiter

Maßgebliche Zeugen schließen Deal mit Glücksspiellizenz aus.



Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft arbeitet zwar sehr eifrig an der Aufklärung der Casinos-Affäre. Doch bislang dürften die Ermittlungen weitgehend ins Leere laufen, wie Protokolle von Zeugenvernehmungen zweier hochrangiger Beamte aus dem Finanzministerium nahelegen. Denn so eigenartig die Umstände rund um die Bestellung von Ex-Casinos-Vorstand Peter Sidlo auch sein mögen, das angeblich im Gegenzug abgegebene Versprechen einer Online-Glücksspiel-Lizenz für Novomatic dürfte sich nicht erhärten lassen. So heißt es in den Vernehmungen, die am 2. März stattfanden und dem „trend“ vorliegen, dass es keine wie immer geartete Bemühung oder gar Anweisung zur Ausschreibung einer Konzession gegeben habe. Die Beamten wiesen auch darauf hin, dass eine Erweiterung der Glücksspielkonzessionen verfassungsrechtlich gar nicht möglich gewesen wäre.

Vielleicht initiierte die WKStA deshalb diesen Mittwoch die bereits dritte Hausdurchsuchungs-Runde in dieser Causa. Dem Vernehmen nach wurden erneut Büros des Glücksspielkonzerns Novomatic durchsucht sowie Räumlichkeiten des FP-Mannes Markus Tschank, der auch als Obmann des Vereins „Institut für Sicherheitspolitik“ fungierte, dem die Novomatic 200.000 Euro zukommen ließ. Insider berichten außerdem, dass auch Privaträume des Novomatic-Sprechers Bernhard Krumpel durchsucht wurden. Krumpel und Tschank waren bekanntlich Geschäftspartner. Ersterer gilt als Mastermind hinter der Bestellung von Sidlo zum Casinos-Vorstand.

AKRA

**WKSTA-CHEFIN** Ilse Vrabl-Sanda verfolgt die Causa Casinos mit Nachdruck.



► ÖBAG werden wir die klare Mehrheit haben. Es geht ja darum, gemeinsam zu agieren, und weniger darum, wie viele Sitze für jeden im Syndikatsvertrag vorgesehen sind.

**Verraten Sie uns, wie viel Sazka für den 17-Prozent-Anteil der Novomatic an den Casinos Austria bezahlt? Stimmen die kolportierten 100 Millionen Euro so ungefähr?** Ich kann diese Summe nicht bestätigen. Aber es gibt Indikatoren, sodass ich es bei dieser Annahme von Ihnen belassen kann.

**Wurde die Casinos Austria AG in den vergangenen Jahren gut gemanagt?**

Man kann das Glas halb voll oder halb leer sehen, also Ja und Nein. Ohne Frage ist die Unternehmensgruppe noch in der Lage, zu wachsen. Aber sie hat auch eine exklusive Lizenz, also ein Monopol, und der europäische Glücksspielmarkt wächst. Da ist es geradezu eine Verpflichtung, ebenfalls zu wachsen. Ich meine schon, dass ein Monopolist über dem Marktdurchschnitt liegen sollte – die Sazka Group schafft das. Ich erwarte, dass die Ambitionen künftig höher liegen werden. Wobei ich auch davon ausgehe, dass der Staat sehr rasch wirksame Maßnahmen gegen das illegale Glücksspiel in Österreich ergreifen wird.

**Sie haben öfter von notwendigen Verbesserungen im operativen Geschäft der Casag gesprochen. Was genau muss verbessert werden?** Wir haben uns mit der ÖBAG auf einen Langfristplan zur Wertsteigerung verständigt. Einer meiner persönlichen Tipps für schnelleres Wachstum wäre der Bereich Onlinegaming, also win2day. Die Kunden spielen zunehmend lieber digital, als sie in der Trafik einen Lottoschein kaufen. Das ist ein Faktum, heißt aber nicht, dass wir das Retail-Netz aufgeben. Ich hoffe, dass uns die Trafiken unterstützen, das Produkt reizvoller und aufregender zu machen – zum Beispiel, indem man eine zweite Chance anbietet. Oder: Diese Woche ist Freitag der 13. Wir haben bei Sazka sehr gute Erfahrungen mit Spezialziehungen zu ganz bestimmten Daten. Das ist eine Möglichkeit, traditionelles Lotto ein bisschen unterhaltsamer zu machen. Denn es ist sehr schwierig, neue Spiele am Markt durchzusetzen.

**Wollen Sie Lotterie-Produkte künftig auch in österreichischen Supermärkten**

**verkaufen?** Ich meine, dass wir dort sein müssen, wo unsere Kunden sind. Und die sind mehr im Supermarkt als in der Trafik. Also ja, das wäre logisch und kann kein Drama sein. Außerdem sollte man generell die Möglichkeiten des digitalen Marketings stärker nutzen.

**Wird der Mitarbeiterstand der Casinos-Austria-Gruppe stabil bleiben oder mittelfristig sinken?**

Es sollte eines der Ziele sein, einer mit heute vergleichbaren Anzahl von Menschen – aktuell sind das rund 3.400 – Arbeitsplätze zu bieten. Aber es werden neue Kompetenzen im digitalen Marketing, in der künstlichen Intelligenz und Datenanalyse gebraucht. Das sind alles Felder, bei denen Sazka viel Know-how einbringen kann.

**Das Unternehmen ist für einen extrem starken Betriebsrat bekannt, der öfters auch blockiert. Würden Sie gerne den Einfluss der Belegschaftsvertreter beschneiden?** Ich war sehr dafür, die Betriebsräte schon einzubinden, bevor der Syndikatsvertrag unterschrieben wurde, weil ich schon glaube, dass das gute Neuigkeiten für sie sind. Sie haben ja immer gefordert, die Casag wieder in ruhige Gewässer zu führen. Auf der anderen Seite kann es nicht sein, dass die Belegschaftsvertretung als oberster Personalmanager agiert und Entscheidungen treffen möchte, die Aufgabe des Vorstandes sind. Aber ich habe auch in meiner Zeit bei T-Mobile in Österreich bewiesen, dass ich Heraus-

forderungen Hand in Hand mit den Betriebsräten lösen will. Wir haben ja nicht nur sonnige Zeiten vor uns.

**Apropos: Wie lange wird die Garantie für die zwölf Casino-Standorte, von denen zehn Verluste schreiben, aufrecht bleiben? Sazka ist ja kein großer Fan von Spielbanken ...** Diese Garantie ist einer der Punkte im Syndikatsvertrag, der nur geändert werden kann, wenn beide Parteien zustimmen. Aber die Spielcasinos sind mit ernststen Bedrohungen konfrontiert. Stichworte: Rauchverbot oder aktuell das Corona-Virus. Die Hälfte der Kunden sind Touristen aus dem Ausland. Wenn die nicht mehr kommen, was sehr gut möglich ist, hat das großen Einfluss auf die Casino-Standorte. Für den Moment haben wir akzeptiert, dass sie aus dem Lotterien-Geschäft quersubventioniert werden. Aber möglicherweise wird man irgendwann schon auch Fragen stellen müssen.

**Ist der in Aussicht gestellte Börsengang der Casag tatsächlich eine Option oder nur eine gute Geschichte? Und würde sich das nicht mit einem möglichen Börsengang der Sazka schlagen?** Langfristig gesehen ist das keine Illusion oder bloß ein Gag, sondern ein ernsthaftes Ziel. An der Börse zu gehen, kann das Profil des Unternehmens schärfen. Und wir könnten gut damit leben, wenn die Casag in Wien gelistet wäre und Sazka irgendwo anders.

**In der Vergangenheit war die Rede davon, dass Sazka die durch eine Mehrheit mögliche Vollkonsolidierung der Casag braucht, um die eigene Finanzstruktur zu verbessern.** Nein, wir konnten uns schon bisher sehr effektiv zu finanzieren, auch in London. Wir könnten die Casag künftig voll konsolidieren, das stimmt, haben aber noch gar nicht entschieden, ob und wann wir es tun. Das ist nicht entscheidend.

**Was in Österreich viele Menschen interessiert: Werden Sportförderung und soziales Sponsoring im bisherigen Umfang aufrecht erhalten?** Unser Prinzip lautet: Jedes Unternehmen das Geld gibt, muss in der Lage sein, Geld zu machen. So lange das der Fall ist, werden wir viele gute Zwecke unterstützen. Wir sehen das als Verpflichtung. Es wurde auch in den Verhandlungen mit ÖBAG diskutiert, dass wir nicht kurzfristig am falschen Platz sparen sollen.

**Wo sehen Sie die Casinos-Austria-Gruppe in fünf Jahren?** Ich würde sie gerne als einen der flinken und innovativeren Player in der europäischen Lotterienzene sehen und als eine Inspiration für andere Mitglieder der Sazka Group, indem gute Ideen aus Österreich exportiert werden. Ich würde sie auch gerne als coolen Arbeitgeber sehen, der für Junge attraktiv ist und an die Wiener Börse gelistet ist. **T**

## Den anderen beim Spielen nur zugeschaut

Warum der Staat kein guter Unternehmer ist – eine Analyse am Beispiel der Casinos Austria



Die tschechische Sazka Group wird künftig eine klare Mehrheit an der Casinos Austria AG halten. Die Staatsholding ÖBAG hat – nicht zuletzt als Folge der Sidlo-Affäre – ihren Widerstand aufgegeben und begnügt sich mit der Rolle des Juniorpartners (33,2 Prozent). Den zwischen den beiden Großaktionären ausgehandelten Syndikatsvertrag pries ÖBAG-Chef Thomas Schmid vergangene Woche als Werk, das dem Staat „Rechte wie einem 50-Prozent-Aktionär“ einräumt. Dass es sich in Wahrheit um eine Notlösung handelt, konnte er ja schlecht sagen.

Schmid selbst war zuvor lange ein harter Gegner für die Sazka und bezeichnete das jetzige Szenario als eines, das unbedingt verhindert werden müsse. Aber wie so oft hat die Politik die Sache versemelt und ging mit dem Vermögen der Steuerzahler nicht sorgfältig genug um.

2015 erwarb Sazka zunächst elf Prozent an den Casinos. Es war klar, dass weitere heimische Aktionäre verkaufswillig waren, u. a. die Raiffeisen-Gruppe und die Bank Schellhammer & Schattera. Die Tschechen wollten die Mehrheit, auch Novomatic betrat die Bühne und kaufte in der Folge Anteile. Damals hätte die Regierung sofort einen Plan schmieden müssen – am besten eine offensive Strategie, um vorübergehend selbst die



**EX-MINISTER** Hans Jörg Schelling handelte nicht.

Mehrheit und damit das Heft des Handelns in der Hand zu bekommen. Es passierte aber nichts. Man ließ die Dinge einfach schleifen.

Fatalerweise wurde ebenfalls 2015 – unter Kanzler Werner Faymann und Vize Reinhold Mitterlehner – die alte Staatsholding ÖIAG in die ÖBIB umgewandelt. Eine totale Fehlkonstruktion, deren Manager nicht einmal mehr in den Aufsichtsräten der Beteiligungen vertreten und dem damaligen Finanzminister Hans Jörg Schelling weisungsgebunden waren. Die Politik hatte das Sagen und traf die Entscheidungen. Von einem echten Beteiligungsmanagement konnte keine Rede mehr sein.

Trotzdem entwickelte etwa der damalige ÖBIB-Beteiligungschef Günter Leonhartsberger ein Konzept: Demzufolge sollte der Staat so viele Casinos-Anteile wie möglich erwerben

und das Unternehmen im zweiten Schritt aus einer Position der Stärke mit einem Big Player der Branche (z. B. Sazka oder Novomatic) fusionieren – mit dem Ziel, dann ungefähr ein Drittel an einem großen, internationalen Gaming-Konzern zu besitzen. Durch einen Börsengang hätte man sich, so die Idee, in weiterer Folge auf eine Sperrminorität von 25 Prozent zurückziehen oder irgendwann auch ganz aussteigen können. Das Wertsteigerungspotenzial für die Casinos-Anteile des Staates wäre mit so einer Strategie wohl um einiges attraktiver gewesen.

Überraschenderweise konnte sogar ein Ministerratsbeschluss erreicht werden, der den Zukauf weiterer Anteile erlaubte. Doch die von der Politik besetzte ÖBIB-Chefin Martha Oberndorfer sah den Sinn darin nicht. Die Beamten im Finanzministerium wehrten sich dagegen, dass die ÖBIB wettbewerbsfähige Preise bieten durfte. Und Minister Schelling schaute zu.

Als aus der ÖBIB erst Anfang 2019 die im Prinzip wieder handlungsfähige ÖBAG entstand, war die Sache längst gelaufen. Deren Management konnte in den letzten Wochen der Sazka nur noch einige Zugeständnisse in einem Syndikatsvertrag abringen. Übrig geblieben ist noch die Vision eines Börsenganges, der aber in weiter Ferne liegt.

„Trend“, 12.03.2020



**Z**wei Tage vor dem Spiel gegen Manchester United vibriert das Smartphone von Siegmund Gruber im Minutentakt. Nervös wartet der LASK-Präsident auf den Coronavirus-beding-

ten Durchführungserlass der Regierung zu Outdoor-Veranstaltungen, es geht um die Frage, welche 500 Leute überhaupt ins Stadion auf der Linzer Gugl dürfen, um die Ticketpreisrückerstattung, um mögliche Schadenersatzforderungen. Zu allem Überfluss ist auch noch Vizepräsident Jürgen Werner, eben aus dem Ausland zurück gekommen, erkrankt und für seine Präsidentskollegen zunächst nicht erreichbar.

Doch trotz des Cocktails aus Hektik, Ärger und Enttäuschung rund um das Jahrhundertmatch ohne Publikum lassen sich die Linzer ihre bemerkenswert positive, fast euphorische Grundstimmung nicht nehmen. Selbst das Coronavirus kann nicht von der Tatsache ablenken, dass die Mannschaft unter Trainer Valérien Ismaël die Saison ihres Lebens spielt und die urösterreichische Sportweisheit „Wonns laft, daun laft's“ zu ihrer schönsten Geltung bringt.

Den Bundesliga-Grunddurchgang hat das Team soeben mit sechs Punkten Vorsprung auf den FC Red Bull Salzburg gewonnen. Vor sechs Jahren noch ein Drittliga-Klub, sind die Schwarz-Weißen derzeit die erfolgreichste österreichische Mannschaft im internationalen Fußball. In der Europa League haben sie Klubs wie PSV Eindhoven aus dem Bewerb gekickt; ein Ausscheiden gegen die Red Devils aus Manchester würde dem Erfolgssimage kaum einen Kratzer zufügen. Das Losglück ist ihnen auch in der Bundesliga hold: Wenn die Meisterrunde am 17. Mai mit dem Spiel gegen Salzburg auf der Gugl endet, könnte es erstmals nach vielen Jahren der Red-Bull-Alleindominanz einen echten Showdown um den Meistertitel geben.

Zum regulären Budget von 14 Millionen Euro kommen durch die Prämien und Transfers nach trend-Schätzungen rund 20 Millionen Euro dazu – eine Zahl,

die Gruber nicht bestätigt, weil er davor die UEFA-Endabrechnung Mitte Juli abwarten will.

Überhaupt bringt den gelernten Steuerberater, generell eher nicht der zurückhaltend-bedächtige Typ, nichts mehr auf die Palme, als wenn „die Wiener“ sich Gedanken über das LASK-Budget machen. Die laufende Saison werde aber „einen schönen Überschuss“ bringen, sagt er dann kokett, im Budget-Wettrennen mit Salzburg (120 Millionen) oder Rapid (50 Millionen) wird man den Rückstand verkleinern. Die Sponsoren stehen Schlange.

**FROM ZERO TO HERO.** Die Story erinnert ein wenig an die Neuerfindung der österreichischen Weinwirtschaft nach dem Glykol-Skandal in den 1980er-Jahren: Erst wenn man am Boden liegt, sind alle für einen radikalen Neuanfang bereit. Unter dem Langzeitpräsidenten Peter Michael Reichel, dessen Hauptbetätigungsfeld Tennis ist, war der LASK sportlich in den Keller gerasselt und stand wirtschaftlich vor dem Abgrund.

Sportlich ist die Neuerfindung auch dank Werners exzellenter Verbindungen geglückt. Der Ex-Voestler und Inhaber der Spielervermittlungsagentur Stars & Friends, der spektakuläre Transfers wie jenen des tschechischen Goalies Petr Cech an den FC Chelsea einfädelte, verpflichtete hartnäckig Spieler, die in das von Salzburg inspirierte risikoreiche Pressing-Spiel passten, oft aus unteren Ligen und mit starkem regionalen Fokus. Dass an Oliver Glasner, dem inzwischen in die deutsche Bundesliga abgewanderten Erfolgstrainer der Aufstiegsjahre, auch noch dann festgehalten wurde, als der LASK im Aufstiegsrennen gegen SKN Sankt Pölten 2016 im Finale den Kürzeren zog, ist der Sturheit Werners zu verdanken, sagen auch die Größen der Wiener Klubs.

Auch wirtschaftlich haben sich die Oberösterreicher völlig neu aufgestellt. Und in dieser Disziplin sind sie quasi das Gegen-Role-Model zum Fußballklub des globalen Energydrinkriesen Red Bull geworden. Nicht ein Dosenmilliardär, sondern ein gutes Dutzend Unternehmer, die so genannten „Freunde des LASK“, haben nach dem Beinahe-Crash unter ►

FOTO: LUKAS ILGNER

**HIGHFLYER.** Präsident Siegmund Gruber (l.), das finanzielle Mastermind, und sein Vize, Manfred Zauner, ein Anlagenbauer, in einer Musterloge fürs neue Stadion.

► Reichel 2014 den Klub gerettet: Für fünf Prozent waren 75.000 Euro und entsprechende Sponsoringzusagen zu leisten; maximal ist eine Beteiligung von zehn Prozent möglich.

Es sind durchwegs unglamouröse Mittelständler, die sich da zusammengetan haben: Anlagenbauer, Betonunternehmer, Gebäudereiniger oder Versicherungsmakler. Wegen ihrer Affinität zu Bars und weil mit Jürgen Penzenleitner auch der Österreich-Chef der Tonic-Marke Fever Tree mit von der Partie ist, wurde die Runde in Linz und Umgebung auch bald die „Freunde des Gin-Tonic“ getauft. Es gehe darum, „den Mitgliedern das Gefühl eines elitären Kreises zu geben“, sagt der frühere LASK-Finanzchef Andreas Blumauer, der sich als General Manager des SKN Sankt Pölten das Prinzip abgeschaut hat. Dass ein solches Netzwerk allein aber noch kein Erfolgsgarant ist, sieht man beim Letzten des Grunddurchgangs nun ebenfalls.

Ganz so fest waren die Bande zwischen den LASK-Freunden anfangs nicht. Von den ursprünglich 14 Freunden sind heute nur noch sechs an Bord. „Bei vielen standen Partikularinteressen vor den Vereinsinteressen“, begründet Gruber diesen „Reinigungsprozess“. Er hat den ausgeschiedenen TV-Unternehmer Wolf-Dieter Holzhey nach einem Jahr 2015 in der Präsidentenrolle abgelöst. Außer Holzhey, Schwiegersohn des LASK-Langzeitförderers Helmut Oberndorfer, sind unter anderen der Werber Clemens Strobl, der Plus-City-Eigentümer Ernst Kirchmayr, der frühere LASK-Ehrenpräsident Georg Starhemberg und die Autohändler Christoph und Harald Günther ausgeschieden.

**BUSINESS-MIND.** Denn mit dem Erfolg sind auch die Begehrlichkeiten gewachsen. Deshalb gilt jetzt eine Grundregel: „Kein Geschäft mit dem LASK – aber sehr wohl Geschäfte durch den LASK“. Verpönt ist also, wer seine Produkte oder Dienstleistung an den Verein verkaufen will. In die Kritik kam sehr rasch auch Werner, der in seinem Hauptberuf mit Spielertransfers Geld verdiente und damit ein klassisches Unvereinbarkeitsproblem am Hals hatte. Als Reaktion gab er vor einem Jahr bekannt, „Stars & Friends“ verkauft zu haben. Dass das im Firmenbuch noch nicht nachvollziehbar ist, begründet er mit dem Umstand, dass es sich „um einen mehrstufigen Verkauf“ handelt. Der neue Eigentümer, der Slowake Karel

Csonto, werde die letzten Anteile im Oktober übernehmen, „dann bin ich sowohl als Eigentümer als auch operativ endgültig aus dem Spiel.“ Nachsatz Werners: „Und ich bin heilfroh darüber.“

Geschäftsanbahnungen zwischen den „Freunden“ sind hingegen hoch willkommen. Der Multisanierer und Westbahn-Miteigentümer Erhard Grossnigg etwa, in dessen elterliches Wirtshaus in Linz früher die LASK-Spieler kamen, ist 2016 bei dem Netzwerk angedockt. Er war zu diesem Zeitpunkt bereits Eigentümer der Büromöbelfirmen Neudörfler und Bene, während Gruber die Konkurrenzmarken Hali und Svoboda gehörten – zwei Jahre später wanderten auch Hali und Svoboda unter Grossniggs Dach. Darüber hinaus pflegte er aber „wissentlich keine Geschäftsbeziehungen mit den anderen“, beteuert Grossnigg, der vom Trio Gruber/Werner/Ismaël als Geheimnis des LASK-Erfolgs schwärmt.

Gruber, das Mastermind der Finanzen, ist als Präsident angesichts des Er-

folgs heute unbestritten. „Bei Gruber und Werner greift ein Rad ins andere, das ist einfach nur professionell“, schwärmt Brau-Union-Marketingchef Andreas Stieber, der mit der Marke Zipfer Trikot-sponsor der Linzer ist. Stieber ist naturgemäß „sehr interessiert, ein wesentlicher Partner des LASK zu bleiben“. Er bekommt dabei jetzt allerdings starke Konkurrenz.

Denn Investor Grossnigg hat seine Anteile an der LASK Marketing GmbH soeben auf drei Prozent reduziert, um Platz für Freund Nummer 13 zu machen: Mit Andreas Weißenbacher von BWT betritt ein regional verankerter, international erfolgreicher Unternehmer das Spielfeld, der perfekt zum Image der Linzer passt. Der Wasseraufbereitungsspezialist mit Sitz in Mondsee bringt damit seine Beziehung zu den Linzern in eine neue Form. Gruber und Weißenbacher, inzwischen persönlich miteinander befreundet, haben vor Kurzem mit der Planet Blue Invest GmbH sogar eine gemeinsa-

## Die 13 Freunde des LASK



me Firma gegründet, die Unternehmensbeteiligungen eingehen will.

Als weiterer Kandidat für die Aufnahme in den schwarz-weißen Freundeskreis gilt Peter Augendopler vom Kornspitz-Erfinder Backaldrin. Neuaufnahmen werden aber in nächster Zeit stark von der Höhe und der Art der Sponsoringleistung abhängig sein. Platz gibt es prinzipiell noch, denn die Goalgetter GmbH von Werner-Tochter Julie (siehe Grafik auf Seite 40) gilt als reiner Platzhalter.

**AUSSTATTER.** Die Pläne fliegen derzeit hoch, und in Grubers Büro in Traun ist sogar schon ein konkretes Stück LASK-Zukunft zu bestaunen: Im Erdgeschoß hat der Präsident eine Muster-Loge bauen lassen, wie sie im neuen Stadion auf der Linzer Gugl errichtet werden sollen – und die Oberösterreicher damit ins lukrative Geschäft mit VIP-Gästen katapultieren. Anfang 2021 soll der 50-Millionen-Euro-Umbau beginnen. Der Eigenleistungsanteil von 20 Millionen Euro wird angesichts der jüngsten Erfolge bewältigbar sein. „Auch ohne Internationalität ist stets das Ziel, eine schwarze Null zu erwirtschaften“, feixt der Präsident in Richtung Konkurrenz.

Der Namenssponsor für das Stadion, das bis

Mitte 2022 fertig sein soll, soll laut Gruber bis Mitte 2020 feststehen. Dass die Spielstätte inklusive Akademie – bis 15. Mai soll der Architekt für den Umbau fixiert sein – einst auch auf den Namen BWT Arena hören könnte, ist dagegen reine Spekulation.

Abwegig ist die Idee nicht, und Lutz Hübner, Chief Operating Officer von BWT, ist auffallend um Diplomatie bemüht: „Mit dem Thema haben wir uns noch nicht beschäftigt.“ Sicher ist, dass der LASK in den Fußballsponsoring-Aktivitäten der Mondseer derzeit höchsten Stellenwert hat – mit klarer Tendenz, noch stärker als Ausstatter und weniger in Form von Bandenwerbung in Erscheinung zu treten. Das BWT-LASK-Toromantrikot und andere Merchandising-Artikel gibt es bereits jetzt im Onlineshop des Unternehmens zu kaufen.

Die Unterstützung für die SV Ried, immerhin Tabellenführer der zweiten Liga, sieht Hübner dagegen „eher als Nachbarschaftshilfe“, und über eine Verlängerung des Engagements beim FK Austria Wien wurde „noch nicht entschieden“, so der BWT-Manager, der auch beim SV Sandhausen in der zweiten deutschen Liga und bei Stade Rennes in Frankreich engagiert ist. Das

Sponsoring für Wacker Innsbruck wurde inzwischen beendet.

Der Zwang zur Professionalisierung führt jedenfalls auch in der Auswahl der Sponsoren zu einer Reinigung. Glücksspiel hat keinen Platz mehr, daher wurde die Zusammenarbeit mit der Novomatic-Tochter Admiral beendet. Auch Gelder aus Staaten mit fragwürdigem menschenrechtlichen Hintergrund, etwa Katar, würde Gruber nicht annehmen.

Ein transparentes Zahlenwerk wie etwa bei Rapid fehlt noch, doch man kann davon ausgehen, dass die Linzer auch in diesem Bereich nachziehen werden. Wie jeder gute Präsident spricht Gruber aber lieber erst einmal aus, was die Fans hören wollen.

Und es kann dabei gar nicht genug Abgrenzung von „den Wienern“ auf der einen Seite und Salzburg auf der anderen Seite geben. Aus dem Fußball einen schwunghaften Handel mit Spielern zu machen, sei für ihn jedenfalls tabu, sagt er, ohne explizit den Bezug zum Red Bull-Konzern mit seinem ausgeklügelten Club-Verbund von Lieferung bis Leipzig herzustellen: „Wir wollen Spieler möglichst aus der Region aufbauen und langfristig verpflichten. Wir sehen uns nicht als Ausbildungsplattform.“

Er atmet kurz durch, sein Telefon vibriert schon wieder. Dann fügt er schnell hinzu: „Wenn ich Tischler bin, will ich Möbelstücke herstellen, nicht Lehrlinge ausbilden, die ich dann zu Höchstpreisen auf dem Markt verkaufe. Sonst wäre ich ja eine Personalfirma.“

**Auch ohne internationale Erfolge ist stets unser Ziel, eine schwarze Null zu erwirtschaften.“**

**SIEGMUND GRUBER**  
LASK-PRÄSIDENT

„news.ORF.at“, 12.03.2020

## **Bericht: Erneut Hausdurchsuchungen bei Novomatic**

---

Beim heimischen Glücksspielkonzern Novomatic ist es gestern erneut zu Hausdurchsuchungen gekommen, wie das ORF-Radio sowie die Tageszeitung „Der Standard“ berichteten. Auch bei dem Rechtsanwalt und Obmann des FPÖ-nahen Instituts für Sicherheitspolitik (ISP), Markus Tschank, habe es eine Razzia gegeben.

Im Fokus der Ermittler stehe die Frage, ob der Verein als Gegenleistung für den Wunsch nach Glücksspiellizenzen von der Novomatic bezahlt wurde, hieß es im Ö1-Abendjournal. Novomatic-Chef Harald Neumann habe sich 2017 mit Tschank treffen wollen, um etwas zum Thema Glücksspiellizenzen in die Regierungsverhandlungen einzubringen.

Kurz drauf habe die Novomatic ein Sponsoring des ISP in Höhe von 240.000 Euro beschlossen. Sowohl von Novomatic als auch von Tschank gab es keine Stellungnahmen gegenüber den Medien.

# Blaues Institut als lukrative Geldquelle

Mit dem „Institut für Sicherheitspolitik“ machte der FPÖ-Politiker Markus Tschank gute Geschäfte: als Obmann und Anwalt. Das Geld kam von einer Großspende, der Novomatic und dem Verteidigungsministerium.

Sebastian Fellner, Fabian Schmid  
Renate Graber

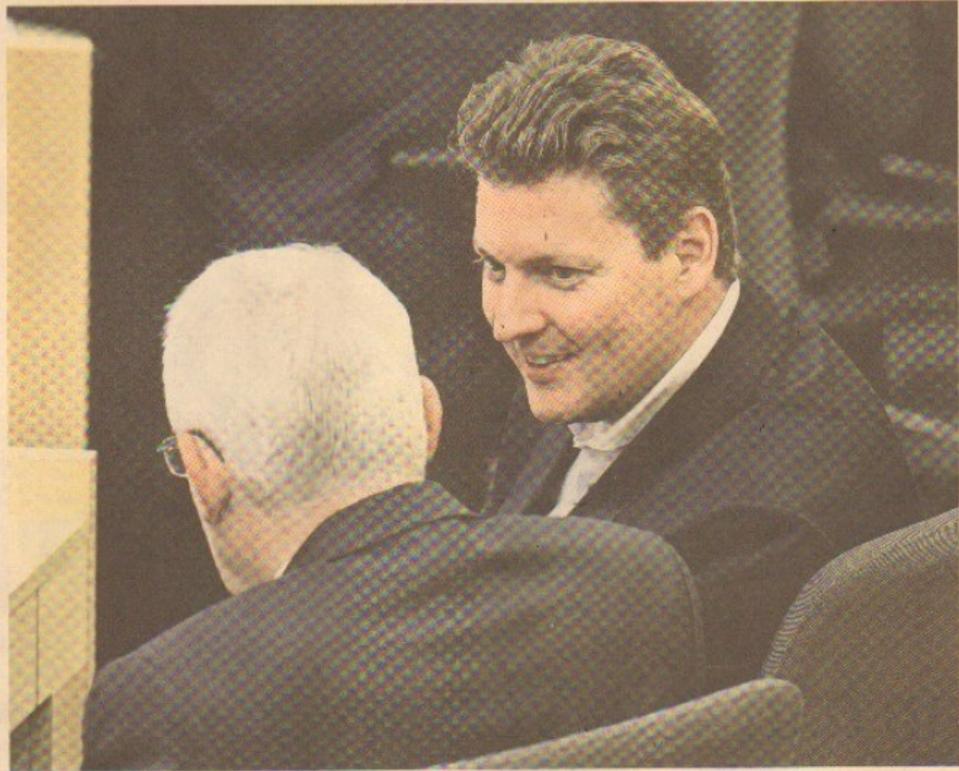
Markus Tschank stellt eine Rechnung an Markus Tschank. Beim blauen „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) war das keine Seltenheit: Denn der Rechtsanwalt Tschank ist auch Obmann des Vereins – und beauftragte sich in dieser Funktion gerne selbst für juristische Beratung, wie Dokumente zeigen, die dem STANDARD vorliegen. Das ISP ist einer jener FPÖ-nahen Vereine, die die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) infolge des Ibiza-Videos untersucht.

Tschank erhielt für seine Tätigkeit als Vereinsobmann eine jährliche „Management-Fee“ von 30.000 Euro netto. Dennoch verrechnete er regelmäßig Tätigkeiten, die er als Rechtsanwalt für seinen eigenen Verein durchgeführt hat – etwa Telefonate und E-Mails –, zu einem Stundensatz von 350 Euro. Dazu kamen „Regiekosten“, also „Miet- und Personalkosten für das Büro“, die Tschank pauschaliert abrechnete: für drei Monate noch einmal 9000 Euro.

Außerdem wurden Spesen eingereicht, beispielsweise für den 26. Dezember 2017 über exakt 1100 Euro im Café Sacher. Welche Leistung Tschank für das ISP am zweiten Weihnachtstag erbrachte, wurde von ihm nicht beantwortet. In der Wiener Eden Bar bestellte Tschank drei Flaschen Champagner, Sacherwürstel und Toast. Bezahlt hat das ISP: 583 Euro machte die Rechnung aus.

## Es floss Steuergeld

Die Unterlagen, die dem STANDARD vorliegen, werfen Fragen über das Finanzgebaren des FPÖ-nahen Vereins auf. Im Unterschied zu anderen blauen Vereinen, gegen die ermittelt wird, standen dem ISP nämlich nicht nur private Spenden, sondern auch Steuergeld zur Verfügung. Und zwar in Form eines „Werklohns“ des Verteidigungsministeriums, das jährlich 200.000 Euro überwies. Laut Darstellung der Beteiligten hatte der damalige Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) die Gründung eines „blauen“ Instituts „ange-



Markus Tschank (rechts) saß unter Türkis-Blau für die FPÖ im Nationalrat – und will nun offenbar in den Vorstand der FPÖ Wien. Doch seine Vereinsaktivitäten werfen heikle Fragen auf.

regt“. Doskozil, heute Landeshauptmann im Burgenland, reagierte auf eine Anfrage nicht.

Das Verteidigungsministerium sagt dem STANDARD, der Vertrag mit dem ISP gelte von 2017 bis 2020, in diesem Zeitraum zahle das Ministerium 200.000 Euro pro Jahr. Eine Prüfung durch das Ministerium infolge der Ibiza-Affäre fand nicht statt: „Wir warten die Überprüfung der Staatsanwaltschaft ab“, sagt ein Sprecher.

Neben dem Geld aus dem Verteidigungsministerium und einer Großspende aus dem Firmenimperium der Familie Turnauer finanzierte auch der Glücksspielkonzern Novomatic das ISP. 200.000 Euro sollten mittels Sponsoringvertrags über drei Jahre an den Thinktank gehen.

## Personelle Überschneidungen

Obmann Tschank ist mit dem Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel bekannt: Die beiden betrieben bis 2016 eine Firma namens Polimedia. Die wurde dann von Peter Sidlo übernommen, dessen Bestellung zum Vorstand der Casinos AG wiederum im Frühling 2019 die Casinos-Affäre auslöste. Auch die anderen Akteure kennen sich: Sidlos Schwager Markus Braun ist wiederum Kassier im ISP.

An dieses stellte nicht nur die Polimedia Rechnungen, sondern auch die unlimited communica-

tions GmbH, an der zu dreißig Prozent die Krumpel GmbH beteiligt ist, die zu 100 Prozent Bernhard Krumpel gehört. Ein von der Novomatic gesponserter FPÖ-naher Verein zahlte also Geld an eine Firma, an der der Novomatic-Pressesprecher Anteil hält. Diese Minderheitsbeteiligung war „so weit bekannt offengelegt“, sagt Tschank. Krumpel und unlimited-communications-Geschäftsführer Stefan Scopetta haben schon 2012 miteinander gearbeitet, in einer anderen Gesellschaft. Im Rahmen der Auflösung dieser Partnerschaft hat Tschank als Rechtsanwalt beraten, das sei „vor seiner politischen Karriere“ gewesen, sagt einer der Anteilseigner. Die Firma sei 2015 als „klassische PR-Firma“ gegründet worden, die Aufträge aus „verschiedenen Richtungen“ bekommen hätte. Bis Herbst 2019 war auch das SPÖ-nahe Echo Medienhaus an der Firma beteiligt. An die Aufträge des ISP sei man durch die Bekanntschaft mit Tschank gekommen. Man habe eine Veranstaltungsreihe organisiert, in deren Rahmen etwa die heutige Vizepräsidentin der Nationalbank, Barbara Kolm, einen Vortrag zum Thema Euro und EU gehalten hat. Die Veranstaltung fand im Novomatic Forum statt, die Räume habe man von der Novomatic angemietet.

In den dem STANDARD zuge-spielten Unterlagen findet sich

auch eine Honorarnote von Bernd Saurer. Er ist FPÖ-Bundesrat und hat dem ISP 7000 Euro für die Erstellung eines Konzeptes zum Thema „Finanzmarktstabilität und Sicherheit in Europa“ verrechnet. Einige Monate später – nach Bekanntwerden von Heinz-Christian Straches denkwürdigem Abend auf Ibiza – wurde der Auftrag aber storniert, erzählt Saurer. Die Schwerpunktsetzung des Vereins hätte sich geändert. Er überwies das Geld zurück. Das bestätigte auch Tschank.

## „Marktübliche Fee“

Zu den Ausgaben des Vereins sagt dessen Obmann, der unter Türkis-Blau für die FPÖ im Nationalrat saß, dass es sich um „marktübliche Management-Fees“ handle. „Für Sonderprojekte oder Rechtsberatung wurden auch fremdübliche Drittkosten in Rechnung gestellt.“ Er hatte zuvor wiederholt betont, dass das ISP „ein intensives Jahresprogramm mit dem Verteidigungsministerium“ abgearbeitet habe.

Ermittler denken anderes: Sie vermuten laut einem Zwischenbericht, das ISP sei gegründet worden, um „Gelder für die FPÖ respektive HC Strache zu lukrieren“. Außerdem werden derzeit dem Vernehmen nach intensiv die Ausgaben des ISP geprüft. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

„www.eu-infothek.com“, 11.03.2020

## **Casino-Affäre: Anonyme Anzeige vom Mai 2019 ist inhaltlich falsch: Es gab und gibt keine neuen Anträge für „Casino-Konzessionen“**

**STS DDr. Hubert Fuchs wurde von CASAG-Chefin Dr. Glatz-Kremsner zur Londoner Glücksspielmesse eingeladen.**

Es war „nur“ eine Begriffsverwechslung durch den Anonymus, diesem irrtümlich passiert oder von ihm absichtlich eingesetzt, welche die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Wien pflichtgemäß zu den aufsehenerregendsten Hausdurchsuchungen der letzten Jahre veranlasste.

Auch für Fachleute in der Glücksspielindustrie und damit befassten Behörden, vor allem aber in der Öffentlichkeit, sind die gravierenden gesetzlichen Unterschiede zwischen „Online-Glücksspiel“ und „Online-Sportwetten“ zumeist nicht geläufig, schwer verständlich oder relativ kompliziert zu differenzieren.

Vereinfacht dargestellt: eine „Online-(Glücksspiel)-Konzession“ wird von der Republik Österreich, dem BMF, im Rahmen des Glücksspielmonopols vergeben. Eine exklusive Online-Glücksspielkonzession mit der Erlaubnis, Online-Roulette, Online-Automaten, Online-Poker usw. anzubieten, besitzt in Österreich nur die zur CASAG-Lotterien-Gruppe gehörende [www.win2day.at](http://www.win2day.at).

**Sportwetten (auch Online-Sportwetten) hingegen sind in Österreich – als einzigem Land der Welt – KEIN Glücksspiel, sondern ein „konzessioniertes GEWERBE“ und fallen somit nicht unter das Glücksspielmonopol und auch nicht in die alleinige Kompetenz des BMF.**

Eine Sportwetten-Konzession unterliegt klaren Regulierungen auf Landesebene. Unter der Voraussetzung üblicher Verlässlichkeitskriterien und anderen, eher gelinden Auflagen, kann „jede Firma, jede Person“ eine Wett-Konzession erhalten.

Selbstverständlich ist auch das umgangssprachlich sogenannte Gesetz für „Buchmacher und Sportwetten“ im Laufe der Jahrzehnte oftmals novelliert worden, jedes Bundesland produziert und ändert fast permanent seine eigenen „Wettgesetze“.

Was in Wien erlaubt oder verboten ist, kann in NÖ oder in Vorarlberg wieder ganz anders gehandhabt werden.

**Neben den STATIONÄREN Wettbüros, für welche das Wettgesetz lange VOR dem INTERNET geschaffen wurde, bildete sich ein Markt von „Online-Wetten“.**

**Hier wiederum ist zwischen zwei wesentlichen Angebotsarten zu unterscheiden. Online-Sportwetten, welche in Österreich, von einem österreichischen Server gespeist und gespielt werden und tatsächlich nicht konzessionierte, somit illegale Online-Sportwetten, welche über Malta, Gibraltar oder eine karibische Insel online in Österreich angeboten werden.**

Während die stationären Wettbüros und jene Wettangebote, welche in Österreich von österreichischen Servern spielen, leicht von den Behörden zu kontrollieren sind, entziehen sich die (illegalen) Online-Wetten aus Malta, Gibraltar usw. de facto jeder Kontrolle, auch bleibt die fiskalische Abwicklung, sprich die Berechnung und Zahlung von Wettgebühren und Steuern „im schwarzen Loch der Steueroasen“.

In Deutschland gelten Wetten als Glücksspiel und sind somit glücksspielrechtlich reguliert, Konzessionen für Glücksspiel sind nur unter strengsten Auflagen zu erhalten.

**Die „freie“ Vergabe von gewerblichen Wettkonzessionen in Österreich führte zu einem wahren Ansturm von ausländischen Anbietern auf den österreichischen Wettmarkt.**

Nach außen hin wurden „Wettbüros“ mit einer „gewerberechtlichen Konzession“ errichtet, tatsächlich bestehen diese aber nur aus Online-Wettterminals mit direktem Spiel auf einem ausländischen Server, z. B. in Malta usw.

Zusätzlich dienen diese getarnten Wettbüros mit Online-Terminals – oftmals mit geheimem „Umschalter“ ausgerüstet – als perfekte Online-Terminals für nicht genehmigtes, also illegales, Online-Glücksspiel mit entsprechenden hohen Gewinnen für den Betreiber.

**Wettbüros und legale Wettterminals arbeiten mit sehr geringen „Holds“, also sehr geringen Ertragsspannen und sind an schlechten oder mittelmäßigen Standorten gar nicht profitabel zu führen. Illegales Online-Glücksspiel verändert diese Situation Richtung schnellem Gewinn.**

**Das Resultat dieser österreichischen Spezialität, wonach Wetten nicht unter das Glücksspielmonopol fallen und somit für „Jedermann“ mit geringem finanziellen Aufwand betrieben werden können – noch dazu OHNE fixe steuerliche Kosten – schuf einen österreichweit überbordenden Anteil von etwa 40.000 Wettterminals.**

Legale Glücksspielautomaten – sogenannten „Landesausspielungen“, streng kontrolliert und mit perfektem Spielerschutz und mit direkter Anbindung an das Bundesrechenzentrum – gibt es nur mit einigen Tausend Glücksspielgeräten in ganz Österreich.

Mit dieser rasanten Verbreitung der billig zu erwerbenden und mit einfachen formalen Mitteln zu erreichenden „Wettkonzession“ entstand auch für die Österreicher und Spieler ein ordnungspolitisch unerwünscht großes Angebot zum Wetten, oftmals zu geheimen illegalen Glücksspielangeboten, welche sich hinter den Wettterminals verbergen.

**Die Finanzpolizei, Behörden und auch Politiker, vor allem aber Spielerschützer, wie [www.spieler-info.at](http://www.spieler-info.at), machten seit vielen Jahren auf diese Missstände im Wettsektor, aber auch auf die mangelhaften Bestimmungen in Bezug auf Beschlagnahmungen der illegalen Glücksspielautomaten, aufmerksam.**

Seit mehreren Jahren hat die Plattform [www.spieler-info.at](http://www.spieler-info.at), welche auch in den Glücksspielberichten des BMF an das Österreichische Parlament erwähnt wird, durch permanente Recherchen in ganz Österreich und jährlich mehrere Tausend Anzeigen an die Finanzpolizei und auch an weitere zuständigen Behörden erfolgreich dazu beigetragen, dass der Bestand von illegalen Automaten in Österreich im Jahre 2010 von über 10.000 Geräten auf aktuell etwa 1.000 zurückgegangen ist.

Durch die Ausbreitung des Internets und auch die besonders liberale Gesetzgebung für Sportwetten wuchs das Sportwetten-Angebot, großteils durch online-Terminals, auf etwa mehr als 40.000 Geräten österreichweit, das zusätzliche, von Wetten separierte, illegale Online Glücksspiel betreut in Österreich bereits mehr als eine Million registrierte (!) Kunden. Zum Vergleich: [www.win2day.at](http://www.win2day.at) hat etwa 650.000 registrierte Online-Glücksspielkunden.

Sowohl die Finanzpolizei als auch [www.spieler-info.at](http://www.spieler-info.at) haben in den letzten Jahren oftmals ausführlich SCHRIFTLICH alle zuständigen Behörden, auch das BMF, auch die politischen Parteien und auch deren Vertreter, auf diese Missstände aufmerksam gemacht.

---

Von der großen LEGALEN Glücksspielindustrie hat seit Jahren nur NOVOMATIC diesen Kampf gegen illegales Glücksspiel, auch gegen illegales Online-Glücksspiel, unterstützt.

Aus nicht erklärlichen Gründen hat die CASAG-Lotterien-Gruppe, welche die EINZIGE LEGALE Online Glücksspielkonzession besitzt, trotz mehrfacher schriftlicher Einladung und Aufforderung den Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel (auch gegen terrestrisches illegales Automatenglücksspiel) durch nachweisbare Aktionen direkt am Markt NICHT unterstützt. Deshalb kam es zu dem Wildwuchs im illegalen Online-Glücksspielbereich und der Verbreitung des illegalen Online-Glücksspiels bis zur doppelten (!) Größe des legalen [www.win2day.at](http://www.win2day.at) Angebotes!

Bis heute ist ungeklärt, weshalb Vorstände und Aufsichtsrat der CASAG-Lotterien Gruppe keine nachweisbaren, direkten Aktionen rechtlicher Art auf dem Glücksspielmarkt unternommen und auch technische Mittel, welche es seit längerer Zeit gibt, um Online-Glücksspiel wirkungsvoll zu erkennen und zu bekämpfen, nicht eingesetzt haben.

Der Schaden, welcher der CASAG-Lotterien Gruppe, vor allem aber auch den Spielern und dem Fiskus, durch diese Untätigkeit entstanden ist, geht jährlich in Richtung 100 Millionen Euro und darüber hinaus.

Übrigens: Zuständig innerhalb der CASAG-Lotterien Gruppe wäre dafür der ehemalige Vorstand Mag. Hoscher gewesen.

Diese Fakten am österreichischen Glücksspiel- und Wettmarkt haben dazu geführt, dass – wie immer bei der Erstellung eines neuen Regierungsprogrammes – diese Gelegenheit einer Neuerstellung von Vorhaben der Regierung durch verstärkte Hinweise auf die hier beschriebenen Problemfelder genutzt wurde.

**Es gab alleine durch Spieler-Info.at zahlreiche schriftliche Eingaben an alle politischen Entscheidungsträger, um gesetzlich strengere, leichter umzusetzende Maßnahmen, den realen Marktverhältnissen angepasst, umzusetzen.**

Diese vorgeschlagenen gesetzlichen Maßnahmen waren und sind für den Spielerschutz, für die gesetzliche Durchsetzung, für die Verwaltung der Republik und auch für den Fiskus entscheidend wichtig, jedoch – und das liegt in der Natur der Sache – für die Glücksspielindustrie nicht unbedingt von Vorteil.

Aus diesem Grunde wurden die schriftlichen Eingaben auch weitgehendst GEHEIM gehalten und nicht veröffentlicht.

**EINE dieser vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung der ausufernden Anzahl österreichweit aufgestellter Wettterminals mit Internet-Anbindung an Malta oder Gibraltar war die FXE MONATLICHE PAUSCHAL-Abgabe pro Terminal.**

Body	Timestamp: Time
Lieber [REDACTED]	23.04.2019
Vergiss bitte bei Steuerreformverhandlung nicht am Schluss (als HVK) für den Sport noch was rauszuschlagen und sei es nur als sideletter. Ich hab versucht bei der VP für positiven Wind zu sorgen. Denke es könnte gut passen am Ende. Bei der 10 Mio Valorisierung und bei den 30 Mio online-Wetteinnahmen braucht es halt (Dachverbände und Fachverbände 50 : 50) Leistungsvereinbarungen mit dem Sportministerium...	18:59:51(UTC+0)
Viel Erfolg bei Deinen Verhandlungen 🍀 und ich freu mich auf ein Mittag- oder Abendessen, wenn es für Dich von der ganz stressigen Zeit wieder in die nur stressige übergeht ☺	
Alles Liebe	
Mecy	

Eine Erhöhung der prozentuellen Abgabe von Wettgebühren hätten die Betreiber umgehen können, zumal sie durch die Internet-Anbindung an Malta usw. weiterhin unkontrollierte Angaben über die tatsächliche Höhe der Umsätze gemacht hätten.

## **Eine FIXE Abgabe pro Terminal und PRO Monat ist leichter zu kontrollieren.**

Ein entsprechendes Positionspapier wurde erarbeitet und allen zuständigen Behörden, auch dem BMF, und allen politischen Entscheidungsträgern, wie Partei- und Klubchefs, übermittelt.

**Diese fixe monatliche Abgabe für Wettterminals ist für Betreiber von Wettbüros und Wettterminals nicht „erfreulich“, deshalb wurde auch diese Eingabe geheim gehalten.**

**Diese fixe monatliche Abgabe für Wettterminals ist für Betreiber von Wettbüros und Wettterminals nicht „erfreulich“, deshalb wurde auch diese Eingabe geheim gehalten.**

**Angeregt wurde auch, dass diese Pauschale pro Monat und Wettterminal für den österreichischen SPORT zweckgebunden eingehoben werden soll, zumal es sich, wie der Begriff es schon sagt, um Wetten auf „SPORT“-Ereignisse handelt, und diese Ereignisse BASIS des Wettgeschäftes sind.**

Gleichzeitig sollte damit – so die Anregung – der Wildwuchs an illegaler Werbung von illegalen Online-Glücksspielanbietern bei Sportereignissen zurückgedrängt werden und die Sportvereine damit indirekt eine bessere, weil dann auch legale, Sportförderung erhalten.

**Nun sind wir wieder zurück beim ANONYMEN Anzeiger:**

Offensichtlich wurden die Begriffe für „Online-Casinolizenz“ mit „Online-Sportwetten“ absichtlich oder tatsächlich falsch verwendet.

Keine Frage: die Materie ist auch für Fachleute, die mit Glücksspiel und Sportwetten vertraut sind, ziemlich kompliziert und verwirrend.

Hier kann es leicht passieren, dass „ahnungslose“ Politiker, aber auch Manager, von einer „Online-Lizenz“ sprechen, aber in Wahrheit die hier zitierte „Online-Wettkonzession“ (welche ein konzessioniertes GEWERBE ist) meinen, aber den Eindruck erwecken, als sprechen sie von einer „Online-Glücksspielkonzession“ bzw. diese beiden in Wahrheit sehr unterschiedlichen Begriffe NICHT deutlich genug voneinander und unterschiedlich genug darstellen.

**Durch diese Vermengung der Begriffe wurden durch den anonymen Anzeiger die Ermittlungen in eine für die Beteiligten fatale Richtung gedrängt.**

- o FPÖ Staatssekretär Fuchs ist im Finanzministerium unter anderem für die Ausgestaltung des Glücksspielgesetzes zuständig. Die Novomatic bemüht sich; aktuell auf Bundesebene um die Erteilung einer ‚Casino Lizenz in Wien‘ und einer ‚nationalen Online Gaming Lizenz‘. Diese Lizenzen werden von der CASAG auf Basis des geltenden Glücksspielgesetzes exklusiv gehalten. Staatssekretär Fuchs reiste vor der Bestellung Sidlo’s eigens nach London, um dort den Deal „Sidlo gegen Glücksspiellizenzen“ persönlich mit Prof. Graf, Eigentümer der Novomatic, zu akkordieren. Sinngemäß äußerte sich Neumann, dass Sidlo ein entscheidender Teil „unseres FPÖ Deals“ mit dem Ziel einer Lizenzvergabe ist.

*Ausschnitt: Anonymer Brief*

Es ist ein gravierender Unterschied, ob eine oder mehrere neue, weitere Online- und Casinolizenzen als „Gegenleistung“ für einen Vorstandsjob verlangt werden oder ob es sich in der Kommunikation um ordnungspolitisch absolut notwendige, sinnvolle Maßnahmen zu Gunsten des Spielerschutzes und zu Gunsten des Fiskus und/oder der Sportförderung handelt.

In einem der Chats gibt es das zwischenzeitlich in allen Medien verbreitete Zitat vom „Leuchtturm-Projekt“. Diese Äußerung ist nunmehr verständlich – immerhin würde mit der Umsetzung der monatlichen Pauschale auf Wettterminals ein sehr großer zusätzlicher Betrag für die Sportförderung fließen, welcher noch dazu die Eindämmung der Anzahl von Wettterminals bewirkt.

**Sobald eine Fix-Gebühr pro Gerät und Monat zu bezahlen ist, rentieren sich sehr viele Wettterminals NICHT. Eine WIN-WIN-Situation für die Republik, den Sport und alle korrekten Anbieter, vor allem auch für den Spielerschutz. Die Anzahl der Wettterminals geht zurück.**

Der ANONYME Vernaderer hat auch als „Beweis“ seiner Thesen den Besuch des STS DDR. Hubert Fuchs auf der Londoner Glücksspielmesse angeführt. Dieser Besuch wurde übrigens von der CASAG-Lotterien-Vorstandsvorsitzenden Dr. Bettina Glatz-Kremsner organisiert, welche auch am Vorabend der Messe in London gemeinsam mit DDR. Hubert Fuchs und dem österreichischen Botschafter fein dinierte.

Ein argumentativer Lapsus ist dem feigen Briefschreiber ebenfalls passiert: er erwähnt, dass die „drei Eigentümer“ eine entsprechende Vereinbarung über die zukünftige Vorstandsbesetzung getroffen hätten, welche dann angeblich nicht eingehalten wurde. Eigentümer, so ist das nun eben üblich, sprechen fast immer nur geheim – unter sich – über derartige Angelegenheiten, bestenfalls sind Vertraute bei derartigen Gesprächen anwesend.

Man kann getrost davon ausgehen, dass sich zwei der drei Eigentümer nicht selbst angezeigt haben.

**Mit diesem hier von EU-Infothek dargestellten Sachverhalt und den in diesem Zusammenhang intensiven Recherchen kann auch von EU-Infothek mit gebührender Sorgfalt davon gesprochen werden: es gibt und gab im fraglichen Zeitraum KEINE gesetzlichen Vorhaben und KEINE gesetzlichen Entwürfe für neue Online-Glücksspielkonzessionen oder glücksspielrechtliche Maßnahmen zu Gunsten eines der LEGALEN Glücksspielbetreiber.**

Allerdings gab es ein der Staatsanwaltschaft bekanntes Protokoll einer Telefonüberwachung. In diesem verschrifteten Protokoll wird von zumindest einem der Staatsanwaltschaft und den Finanzbehörden bestens bekannter, seit Jahrzehnten umtriebiger Betreiber illegaler Glücksspielautomaten erkannt, welcher sehr ausführlich davon spricht, dass „seine Gruppe der illegalen Online- und Automatenglücksspielbetreiber“ sich regelmäßig trifft und darüber berät, wie sie einige politische Entscheidungsträger (offenbar durch Korruption) dazu bringen wird, sich für eine Liberalisierung des österreichischen Online-Glücksspielmarktes und eine Liberalisierung des Automatenglücksspielmarktes einzusetzen.

Am [REDACTED] 2019 wurde vom [REDACTED] – Organisierte Kriminalität zur do. Zahl [REDACTED] ein Anlassbericht betreffend [REDACTED] Verdacht der Bestechung, sowie vorerst unbekannte Täter, Verdacht der Vorteilsannahme, an die Staatsanwaltschaft [REDACTED] zur do. Zahl [REDACTED] übermittelt.

In diesem Anlassbericht wird mitgeteilt, dass im Zuge der Überwachung des von [REDACTED] benutzten Telefonanschlusses Gespräche abgehört wurden, aus denen sich der Verdacht ergibt, dass [REDACTED] aufgefordert wurde, an mehreren Treffen mit Mitgliedern politischer Parteien teilzunehmen, die dazu dienen Amtsträger dazu zu bewegen, Gesetzesänderungen im Sinne des [REDACTED] und anderer Personen einzubringen. Dieser wird zur Kenntnisnahme und etwaigen weiteren Veranlassung und Auftragserteilung beigelegt, zumal der Verdacht besteht, dass hier ein Zusammenhang mit der gegenständlichen anonymen Anzeige besteht.

Auch ein „Verein der illegalen Online-Glücksspielanbieter“ (er heißt tatsächlich etwas anders) spielt hier eine wesentliche Rolle – auch das ist den Behörden zwischenzeitlich bekannt.

„Der Standard“, 10.03.2020

## Blauer Workshop mit Zeit zum Skifahren

Udo Landbauer hielt in Kitzbühel an drei Tagen Vorträge für einen FPÖ-nahen Verein, der mit Steuergeld gefördert wurde. Im Netz schwärmt er vom Skifahren, residiert wurde im Luxushotel.

*Sebastian Fellner, Fabian Schmid*

Udo Landbauer hat ein großes Herz. Der niederösterreichische FPÖ-Klubchef, der kurzzeitig über die Liederbuchaffäre gestolpert war, unterstützt etwa Wirte in seinem Bundesland mit 100 Euro als Beitrag für Investitionen infolge des Rauchverbots in der Gastronomie. Der Freiwilligen Feuerwehr in Marbach an der Donau spendete er ein Gasmessgerät. Auch im Februar 2019 war der Abgeordnete karitativ tätig: Er hielt einen dreitägigen Workshop über „Neutralität und Sicherheit für Mitteleuropa“ in Kitzbühel. Sein Wissen stellte er kostenlos dem Institut für Sicherheitspolitik (ISP) zur Verfügung.

Doch diese „geschlossene Veranstaltung“ im Fünf-Sterne-Resort Weißes Rössl hinterließ keinerlei Spuren im Netz, obwohl das ISP Veranstaltungen sonst penibel dokumentiert und bewirbt. Auf Instagram wird man jedoch bei Landbauers Account fündig: Der zeigt ihn und seinen Bruder, der beim ISP aktiv und ebenfalls bei der Burschenschaft Germania ist, beim Skifahren. „Ein Wochenende bei Kaiserwetter in den Tiroler Bergen“, schrieb Landbauer, „#privat“.

Zur Erinnerung: Das ISP ist einer jener FPÖ-nahen Vereine, die nach der Publikation des Ibiza-Videos öffentlich bekannt wurden und jetzt Gegenstand von Ermittlungen sind. Auf Ibiza sprach der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache darüber, wie man Parteispenden mittels Vereinen „vorbei am Rechnungshof“ schleusen könne, später tat er das als „bsoffene G'schicht“ ab und dementierte die Inhalte.

Die Staatsanwaltschaft prüft dennoch, ob das Institut für Sicherheitspolitik einer dieser Vereine ist – Ermittler denken jedenfalls laut einem Zwischenbericht, dass der Verein „gegründet wurde, um Geld für die FPÖ respektive Strache zu lukrieren“.

### Blaues Glücksspiel

Obmann des Vereins ist Markus Tschank, der unter Türkis-Blau für die FPÖ im Nationalrat saß und angeblich dieses Wochenende in den Vorstand der FPÖ Wien gewählt werden will. Als Kassier des ISP fungiert Markus Braun, er wurde von der FPÖ für den Stiftungsrat des ORF nominiert.

Das ISP ist einer von insgesamt sechs Vereinen, deren Vorstände aus dem immer gleichen Perso-

nenkreis besetzt werden: entweder mit Tschank oder Braun, dem Rechtsanwalt Peter Skolek oder Alexander Landbauer, dem Bruder Udo Landbauers. Die blauen Vereinsmeier kennen einander schon seit Jahrzehnten, sie waren gemeinsam mit dem Ex-Parteivize Johann Gudenus im Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) tätig.

Während die anderen Vereine zwar wie berichtet fleißig Spenden sammelten, aber keinerlei Aktivitäten zeigten, ist das ISP in mehreren Punkten eine Ausnahme. So war es öffentlich präsent und organisierte die Mitteleuropäische Sicherheitskonferenz (Mesk), auf der freiheitliche Minister und Regierungsmitglieder aus Nachbarländern auftraten.

Außerdem wird das ISP nicht nur durch Spenden unterstützt, sondern hat einen Kooperationsvertrag mit Novomatic. Der Glücksspielkonzern überwies 200.000 Euro für drei Jahre. Dazu kommt eine jährliche Förderung durch das Verteidigungsministerium in der Höhe von 200.000 Euro – angeleiert schon unter dem damaligen Minister Hans Peter Doskozil (SPÖ).

### Ausgiebige Pausen

Im Februar 2019 ist das ISP also gratis zu einem Vortragenden für seinen sicherheitspolitischen Workshop gekommen. Nur auf persönliche Einladung und als geschlossene Gesellschaft. Warum ausgerechnet in Kitzbühel, ist nicht bekannt – ebenso wenig wie die Namen der Teilnehmer. Vereinsobmann Tschank sagt, dass üblicherweise „bis zu zehn Personen bei solchen Workshops“ teilnähmen, darunter „ausgewählte Gäste aus Politik und Gesellschaft“. Zu deren Identität könne Tschank aber „keinerlei Angaben machen.“ Landbauer sei „Sicherheits Sprecher der FPÖ Niederösterreich“, darin liege der „Mehrwert“ seines Vortrags.

Landbauers Sprecher erklärt auf STANDARD-Anfrage, der Politiker verlange für seine Vorträge „generell keinerlei Honorare“. Dafür ließ sich das Institut die Unterkunft kosten: 6096 Euro verrechnete das beauftragte Reisebüro für die Luxusunterkunft in Kitzbühel.

Landbauers dreitägiger Workshop dürfte jedenfalls recht locker organisiert gewesen sein. Sein Sprecher erklärt: „Ja, auch bei Workshops gibt es Pausen. Wenn Schnee liegt, kann man die auch zum Skifahren verwenden.“